

**ZUR PARTEITREUE IN ÖSTERREICH
ZWISCHEN
1945 UND DER JAHRTAUSENDWENDE**

Zur Grundposition: Ausgangslage, These

Meine sehr allgemein gehaltene These kann aus verschiedenen Perspektiven begründet werden, wenn ich sie folgendermaßen formuliere: Ich möchte vor Augen führen, mit welcher Geschwindigkeit die Zunahme der Wählermobilität zwischen 1945 und 2000 die beiden großen Milieuparteien so weit geschwächt wurden, bis sie gemeinsam keine Verfassungsänderung beschließen können. Meine Betrachtungen sollen einen konstruktiven Gesprächsstoff ermöglichen, z. B. für Diskussionen im Unterricht.

Seit vielen Jahren sehen wir sowohl in der Arbeiterschaft als auch in den Kirchengemeinden eine gewisse „Aufweichung“. Der aufkeimende Individualismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts treibt seine Blüten. Sie stellen Institutionen in Frage.

Darüber hinaus zeigt nicht nur die Rasananz der technischen Entwicklung ihre Wirkung, sondern bestimmt auch das weltanschauliche Gedankengut historischer Persönlichkeiten (Descartés, Newton oder Darwin etc.) über Jahrhunderte hinweg bis in unsere Zeit hinein, wie wir verstehen und fühlen. Aus den persönlichen Ansichten resultieren gesellschaftliche Entwicklungsprozesse. Mitunter gründen sie auf Irrtümer. Exemplarisch sei hier der *Cartesianische Dualismus* erwähnt. Dass er in seinem Grundansatz falsch ist, zeigen vor allem junge und zukunftssträchtige Forschungszweige, wie z. B. die Hirnforschung. Es verdient wohl eine eigene Arbeit, sich darüber Gedanken zu machen, wie sehr und in welcher Form dadurch gerade heute der Materialismus, der Glaube an die Wissenschaft (Positivismus, Verabsolutierung reduktionistischer Faktoren etc.) und daraus resultierende Handlungen aus puren Notwendigkeiten im Schema eines Entweder-Oder-Prinzips die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten beeinflussen. Eine kritische Auseinandersetzung mit wirtschaftspolitischen Zusammenhängen, dem Rechtspositivismus, dem Naturrecht, ethischen Klassifizierungen, Wertvorstellungen oder persönlichen Bedeutungszuweisungen etc. muss in dieser Arbeit dahin gestellt bleiben. Sämtliche Wahlergebnisse, Tabellen und Statistiken dürfen aber schon deshalb nicht dazu führen, dass in der Politik der einzelne Mensch aus dem Zentrum der Betrachtungsweisen gerückt wird, weil sonst seine Bedürfnisse und seine Besonderheit im allgemeinen Trend unterzugehen droht. Auch sollte niemand auf dem Opferaltar einer Ideologie oder einer Vergötzung dargebracht werden. Politik kann das Menschsein verengen und individuelle Potentialitäten weschließen, aber auch fördern, motivieren und unterstützen.

Jeder hat seine eigenen Probleme und Herzenswünsche, Stärken und Schwächen, jeder hat seine eigene Geschichte, seine eigenen Voraussetzungen und seine eigene Zeit. Wo in

diktatorischen resp. totalitären Systemen über die Person hinweg „gebündelt“ ist, also „über einen Kamm geschert“ und permanent über Einzelpersonen hinweg vorgegangen wird, sammelt sich jenes Potential zur Auflösung, welches sich früher oder später einen Weg zur Ver-nicht-ung dessen bahnt, was es ermöglicht hat. Wie kurzlebig waren doch alle Imperien und Reiche, all die diktatorischen Systeme und totalitären Herrschaften. Früher oder später keimte auch aus ihnen, was den Menschen zum Menschen macht - der Perspektivenwechsel, das Mitgefühl, die Humanität, die Sehnsucht nach Bedeutung und Entfaltung etc. Was dynamisiert, um das Alte im Neuen zur Entfaltung bringen zu können? Was bewegt aus Herzensbegegnungen? Gibt es in der historischen Bewegung eine Richtung? Viele Menschen verneinen diese letzte Frage, mitunter mit gutem Grund, der die höhenpsychologische Frage nach dem Sinn des Lebens aber nicht unberührt lassen kann.

Es zeigt sich, wie sehr alles in Bewegung ist. Aber wie auch immer, am Relativismus kommen weder die historisch gewachsenen philosophischen Standpunkte im Hinblick auf die Arbeitsverhältnisse und die damit verbundene Befindlichkeiten in der Arbeiterschaft vorbei noch aktuelle Quintessenzen aus Reflexionen über die letzten 2000 Jahre katholischer Heilsgeschichte.

Natürlich ergibt sich die Frage, wie weit und warum gesellschaftliche Positionierungen gegenüber einer Partei verpflichten sollen, die den Sozialisationshintergrund (familiäres Umfeld etc.) der Einzelperson maßgeblich vorgeben. Diesbezüglich kann auch in Richtung Psychologie und Soziologie weiter argumentiert werden. Was festigt oder löst im historischen Gesamtkomplex der Gesellschaftsdynamik jene Treue zu einer Milieupartei, welche u. a. auf Tradition und Umwelteinflüssen basiert? Die Veränderung im Wählervotum der Nachkriegsjahre lässt sich aus verschiedenen Richtungen ansehen, deren Schnittpunkt einen Fokus ergeben kann, der historische Kontrastbildungen erlaubt. Was diese zeigen, wurzelt auch in der geschichtsträchtigen Bedeutung jener Parteien, welche unsere Republik gegründet haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg errichten Vertreter der ÖVP und der SPÖ den Staat. Beide Parteien gründen in persönlichen Lebenswelten, denen unterschiedliche Weltauffassungen und damit verbundene Erfahrungen zugrunde liegen. Partielle gefundene Gemeinsamkeiten können von Organisationen vertreten werden. Bei den daraus resultierenden Reibungspunkten geht es um Machtverhältnisse, denen Konfliktlinien voraus gehen, die Ursache und Wirkung sind.¹ Mit der Gründung der Zweiten Republik entwickeln sich im Spannungsfeld zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei spezielle Interessen im

¹ www.karl-knapp.at – Als Diskussionsgrundlage kann auf meiner Homepage eine allgemeine Systematik der Macht abgerufen werden (workouts).

humanistischen Rahmen weiter, in dem wiederum sich erneuernde und sozialisierende Vernetzungstendenzen fortführende demokratische Bewegungen schaffen. Auf die damit verknüpften zahlenmäßigen Veränderungen in der Wählerlandschaft werde ich noch näher eingehen. Nachvollziehbare Zahlen und Fakten sollen der hier gestellten Thematik eine Grundlage geben. Diese zeigt Tendenzen.

Worauf gebaut ist

Ein wesentlicher Ausgangspunkt meiner Betrachtungen ist ein kurzer ideologischer Umriss. Orientierung benötigt Positionen. Im Hinblick auf die parteigeschichtliche Darstellung spricht für mich hier das Wählervotum. Es weist Bedeutung zu, also die historische Relevanz von ÖVP und SPÖ. Die geschichtliche Betrachtung streift Konfliktlinien, die ein politisches "Links" und "Rechts" begründen. Dabei spielen gesellschaftliche Klassifizierungen, Weltanschauungen, religiöse Interpretationen und daraus resultierende Bedürfnisse und Entfaltungsmöglichkeiten eine Rolle.

Soweit es mir möglich ist, möchte ich mit Zahlen und Fakten belegen. Darauf aufbauend kann interpretiert und diskutiert werden. Meinen Betrachtungen möchte ich eine Quintessenz abringen, d. h. meine Ausführungen in eine Schlussinterpretation überführen. Vorher werde ich im Kapitel 2 und Kapitel 3 versuchen, jenes Maßgebliche aus ideologischen und historischen Grundlagen aufzuzeigen, welches für die Themenbetrachtung ausreichend sein dürfte. Die innere Verbundenheit eines Wählers mit einer politischen Richtung hängt mit den klassischen Positionierungen der dominierenden Milieuparteien der Nachkriegszeit zusammen. Danach, also in Kapitel 4, möchte ich daher mittels einer charakteristischen Auswahl bestimmende Konfliktlinie zur Sprache bringen, die eine wichtige historische Rolle gespielt haben. Dies soll in Anbetracht der Traditionen und einer themengemäßen Kontrastbildung zwischen "Neuem u. Altem" (Kap.5) geschehen. Kapitel 6 führt dann zu Fakten in Form von Zahlen, damit der Bogen zwischen meiner Eingangsthese und der aus meiner Abhandlung resultierenden Schlussinterpretation auf einer möglichst soliden Grundlage stehen kann. Ich möchte damit einer konstruktiven und weiterführenden Diskussion Vorschub leisten.

Meine Vermutung kann nur mit *hard facts* glaubwürdig verifiziert werden. Weil sich aus meiner Vorgangsweise und den damit verknüpften Argumenten auch Fragen ergeben, deren Beantwortung eine gute Basis haben soll, verdienen die Informationsquellen ein besonderes Augenmerk. Dabei geht es um Sorgfalt. Eine Grundlage für meine historischen Reminiszenzen liefert mir unter anderem das Buch *Parteien in Österreich* von Paul Windisch. Hinsichtlich der Ideologien habe ich mich auch an der Lektüre *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien* von A. Kadan und A. Pelinka orientiert. Außerdem verwende ich das Kapitel *Veränderungen in der Parteilandschaft* aus der Broschüre *Politik im Wandel* von R. Gärtner, R. Hussl, B. Natter, A. Pelinka, S. K. Rosenberger, d. 8. *VOs-Text* aus *Parteien –*

PolitikerInnen - Parteistaat von Pelinka und Rosenberger, aber auch weitere profunde Bücher und entsprechende Internetseiten mit Tabellen resp. Zahlen von Wahlergebnissen.

Zur Tradition der ÖVP

Ideologische Kernaspekte der ÖVP

Die Grundpositionen der katholischen Soziallehre beinhalten Schnittstelle zwischen der christlichen Bibelauslegung und der antiken Philosophie. Auf der einen Seite steht das Neue Testament und auf der anderen die platonische und aristotelische Sozialethik. Laut Thomas von Aquin (1225 bis 1274) besteht zwischen dem christlichen Menschenbild und dem sozialetischen Ansatz der antiken Philosophen eine grundlegende Übereinstimmung. Spezifisch christlich an dieser Soziallehre ist nicht ein bestimmter Lehrinhalt, sondern der Aspekt der christlichen Nächstenliebe. Der christlich-soziale Standpunkt ist auch für Nichtchristen beziehbar, weil er nicht ausschließlich als ein religiöser, sondern auch als ein philosophischer Standpunkt verstanden werden kann.

Die Christlichsoziale Partei ist eine Vorgängerorganisation der ÖVP. Sie wird 1893 von Dr. Karl Lueger gegründet und existiert bis 1934. Ursprünglich ist diese Partei großbürgerlich und antiklerikal.² Sie vereint Handwerker, Gewerbetreibende und Beamte. Das Ende der Christlichsozialen Partei wird mit der von Engelbert Dollfuß 1933 gegründeten Vaterländischen Front besiegelt. Die neue Bewegung zeigt antisemitische Tendenzen. *Trotzdem* – oder im Hinblick auf das Hitler-Deutschland vielleicht besser gesagt: *deswegen* - wird 1934 ihr Gedankengut in die Verfassung aufgenommen.

Die christliche Soziallehre entsteht hauptsächlich innerhalb der katholischen Kirche, die davon ausgeht, dass der Mensch als individuelle Person zwar unverwechselbar und einzigartig ist, seine Selbstgenese aber in Kooperation mit anderen Personen erfolgt. Diesem Standpunkt zufolge bleibt die soziale Natur ohne kulturelle, rechtliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Voraussetzungen bruchstückhaft und rückläufig.

² de.wikipedia.org: Karl Lueger (1844- † 1910 in Wien) war Wiener Bürgermeister.

Karl Lueger bekannte sich 1887 endgültig zum Antisemitismus. Er hatte erkannt, damit leichter politische Karriere machen zu können und als „Meister der Phrase“ rasch erfasst, wie leicht man die untere Mittelschicht mit der Judenhetze verblenden konnte. Treffend wird dem später von Adolf Hitler als „gewaltigsten deutschen Bürgermeister“ Bezeichneten daher auch der Ausspruch: „Wer ein Jude ist, bestimme ich!“ zugeschrieben.

1893 gründete er die österreichische Christlichsoziale Partei (CS). Die CS verknüpfte, gestützt auf das kleine und mittlere Bürgertum, reformerische Ziele mit antisemitischen und antiliberalen Parolen. Lueger, der ursprünglich vom Liberalismus her kam, gründete die Christlichsoziale Partei als moderne Massenpartei des durch Industrialisierung und Wanderungsbewegungen verunsicherten Wiener Kleinbürgertums und erlangte mit seiner antikapitalistischen und antisemitischen Rhetorik bei diesem breite Popularität.

Für die katholische Soziallehre ist sowohl die Gleichheit der Menschen, die z. B. eine Zuerkennung von Würde rechtfertigt, wie auch deren Ungleichheit, die sich z.B. aus dem sozialen Umfeld oder den genetische Anlagen ergeben, ein zentrales Problem für die soziale Gerechtigkeit.³ Führt eine generelle Bestrebung nach Gerechtigkeit zur Ansicht, die Gesellschaft sei für die Entwicklung der Individualität da, dann im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip:⁴ Kann eine Person eine Forderung selbst erfüllen, soll sie niemand anderen damit behelligen. Wird über dieses Prinzip einer Person ihre Autorität zugewiesen, darf dabei die Frage nach der *Eigenverantwortung* nicht zu kurz kommen. Begriffe wie *Freiheit, Selbstvertrauen, Vertrauen* und *Engagement* gewinnen an Stellenwert und eröffnen ein breites Feld für philosophische und rechtswissenschaftliche Überlegungen.⁵

1945 bekennt sich die ÖVP zur parlamentarischen Demokratie und damit auch zur österreichischen Republik. Das Bekenntnis zeigt in personeller (funktionärstechnischer) und in sozialer Hinsicht (Bauern, Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte als Kernschichten) auch die Kontinuität zur Vorgängerin und lässt das Nahverhältnis zur katholischen Kirche weiter bestehen.⁶

Die ÖVP nach 1945⁷

Die Konstituierung der Österreichischen Volkspartei als Nachfolgerin der Christlich-Sozialen Partei findet am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift statt. Die Mehrheit der ersten Funktionäre dieses Sammelbeckens aus verschiedenen bürgerlichen und bäuerlichen Gruppierungen plagte noch die Erinnerung an die NS-Verfolgung. Im Grunde haben sich die Kernschichten nicht verändert. Wie in der Ersten Republik (s. o.) sind es Bauern, Gewerbetreibende, Arbeitnehmer, Beamte und Angestellte. Sie organisieren sich in Bünde (Bauernbund, Wirtschaftsbund, ÖAAB). Die Obleute der Bünde sind die jeweiligen Stellvertreter des Parteiobmanns. Der damaligen Zentralfigur Leopold Kunschak stehen

³ Paul Windisch 1981: Parteien in Österreich.

⁴ Prinzip d. Eigenleistung und Prinzip der Hilfestellung.

⁵ Über den Zusammenhang von *Freiheit, Selbstvertrauen, Vertrauen, Verantwortung* und *Engagement* siehe Knapp Karl 2011: Wachstum in der Dynamik. Bedeutsames Lernen zwischen Konfliktkultur, Wertevermittlung und Behaviorismus (s. u. d. Internetquellen).

⁶ www.aeiou.at, 2001.

⁷ Bundesparteiobermänner: Leopold Kunschak (1945), Leopold Figl (1945-1952), Julius Raab (1952-1960), Alfons Gorbach (1969-1963), Josef Klaus (1963-1970), Hermann Withalm (1970-1971), Karl Schleinzer (1971-1975), Josef Taus (1975-1979), Alois Mock (1979-1989), Josef Riegler (1989-1991), Erhard Busek (1991-1995), Wolfgang Schüssel (1995-2007), Wilhelm Molterer (2007-2008), Josef Pröll (2008-2011), ab 2011 Spindelegger.

jüngere Funktionäre zur Seite, die aus dem Reichsbund der *Katholischen Jugend* hervorgegangen sind. Die Bauern vertritt Leopold Figl (Direktor des NÖ Bauernbundes), die Unternehmerseite Julius Raab (Obmann des Gewerbebundes).⁸

Auch in den Bundesländern bilden sich politische Parteien als Nachfolgeorganisationen der alten Christlich-Sozialen. 1945 gelingt den Länderkonferenzen trotz der Demarkationslinie eine Zusammenfassung zur Gesamtpartei. Am 8. September wird der provisorische Parteivorstand mit Figl an der Spitze gewählt, der dann auch als Spitzenkandidat für die erste Nationalratswahl (25.11.1945) ins Rennen geht. Die ÖVP siegt mit 85 Mandaten, die sich aus 49% der gültigen Stimmen ergeben.

In einem ersten Parteiprogramm (Programmatische Grundsätze) heißt es in der Einleitung: „Die Österreichische Volkspartei übernimmt das Erbe jener politischen Gruppen, die stets auf dem Boden der österreichischen Überlieferung standen und Österreichs Selbstständigkeit verteidigten.“⁹

Die ÖVP hat nach 1945 als einzig bürgerliche Partei eine gewisse Monopolstellung. Diese einzig nichtmarxistische Partei erhält aber 1949 mit der Gründung der VdU Konkurrenz, die von der SPÖ massiv unterstützt wird.¹⁰ Obwohl die ÖVP bei der Nationalratswahl am 25.

⁸ De.wikipedia.org: Während des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich wurde Figl als prominenter Funktionär des Ständestaates am 12. März 1938 verhaftet und mit dem sogenannten Prominententransport vom 1. April 1938 in das KZ Dachau gebracht, aus dem er erst am 8. Mai 1943 vorläufig entlassen wurde. Er nahm eine Stelle als Erdölingenieur in Niederösterreich an. Am 8. Oktober 1944 wurde Figl erneut verhaftet und im KZ Mauthausen inhaftiert. Er wurde wegen Hochverrats angeklagt, aufgrund dieser Anklage wurde er am 21. Jänner 1945 an das Landesgericht Wien überstellt, wo er in einer der Todeszellen das Kriegsende erlebte. ... Nach der Befreiung Wiens durch sowjetische Truppen im April 1945 erhielt Figl von der Militärkommandantur den Auftrag, die Wiener Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Durch die Erfahrungen des Ständestaats und des Nationalsozialismus war Figl zum Befürworter einer Zusammenarbeit aller politischen Lager geworden. Figl gründete am 14. April den Bauernbund neu und wurde dessen Direktor. Bei der Gründung der ÖVP drei Tage später wurde er zu deren stellvertretendem Obmann gewählt. ...Nach den ersten Nationalratswahlen wurde Figl am 20. Dezember 1945 zum Bundeskanzler bestellt (Kabinett Figl I). Eine seiner berühmtesten Reden war die Weihnachtsansprache im Jahre 1945: „*Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben, ich kann Euch für den Christbaum, wenn ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich!*“ – LEOPOLD FIGL, WEIHNACHTSANSPRACHE 1945 IM ÖSTERREICHISCHEN RUNDFUNK.

⁹ Pelinka, Kadan 79: *Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien*, S.35.

¹⁰ „Der Verband der Unabhängigen (VdU) auch Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) war eine österreichische Partei in der zweiten Republik und Vorgängerpartei der heutigen FPÖ.“

Als Partei wurde der VdU 1949 von Herbert Alois Kraus und Viktor Reimann gegründet. Der ursprüngliche Gründungstag des VdU (als Verein) war der 25. März 1949. Am nächsten Tag fand die konstituierende Hauptversammlung in Salzburg statt. Kraus wurde Bundesparteiohmann, Bundesobmann-Stellvertreter waren Josef Karoly, Karl Hartleb, Karl Winkler und Viktor Reimann.

Während die ÖVP eine Aufspaltung des bürgerlichen Lagers befürchtete, unterstützte die SPÖ die Gründung des VdU. Dieser sah sich als politische Vertretung ehemaliger NSDAP-Mitglieder, Heimatvertriebener und Heimkehrer. Bei den zweiten freien Nationalratswahlen (1949) nach dem Zweiten Weltkrieg kandidierte der VdU als Wahlpartei der Unabhängigen das erste Mal und erreichte mit 11,7 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis.

November 1953 mit 83 Mandaten eine absolute Mehrheit erreicht, koalitiert sie vor allem deshalb mit den Sozialisten, um den Besatzungsmächten Paroli zu bieten.

1952 wechselt die ÖVP ihre Regierungsmitglieder aus und beschließt ein neues Programm. Noch war die politische Unabhängigkeit nicht erreicht, die Kriegsschäden nicht wirklich überwunden, sodass die Schlusssentenz des Programms wie folgt lautet: "Alle diese Ziele können aber nur durch das gemeinschaftliche Zusammenwirken und Zusammenstehen aller aufbauwilligen Kräfte erreicht werden."¹¹ Dies entspricht der Haltung der österreichischen Mehrheit. In der Einleitung wird das Selbstverständnis der Partei mit Bezug auf die Tradition klargestellt, die insbesondere die katholische Soziallehre begründet: "Die Österreichische Volkspartei ist die politische Vereinigung aller vaterlandstreuen Österreicher, die auf Grund der christlich-abendländischen Kulturauffassung (Einfluss der Lehre Christi, sittliche und religiöse Erziehung etc.) die programmatischen Leitsätze der Partei, insbesondere jene des Solidarismus und eines gesunden Föderalismus, im Gegensatz zu klassenmäßigen und zentralistischen Bestrebungen vertreten und bereit sind, diese Auffassung im Wege der Demokratie in einem freien und unabhängigen Österreich durchzusetzen."¹²

1953 führen Gegensätze zwischen den Regierungsparteien in eine Budgetkrise, zur Auflösung des Parlaments und zur Ausschreibung von Neuwahlen. Die Sozialdemokraten werden dadurch die stimmstärkste Partei (SPÖ 74 Sitze), die ÖVP erhält aber die Mehrheit der Mandate, der VdU verbleiben 14 Sitze. Ab April desselben Jahres (2.4.1953) führt der in St. Pölten geborene Julius Raab (1891-1964) die Regierungsgeschäfte bis 1961. Er wird als „Staatsvertragskanzler“ in die nationale Geschichte eingehen.¹³ Der Staatsvertrag und die Erfolge des Raab-Kamitz-Kurses werden überwiegend der ÖVP zugerechnet. 1956 kommt die ÖVP mit 82 Mandaten nahe an die absolute Mehrheit heran; die SPÖ gewinnt nur 1 Mandat dazu.

Bei den [darauf folgenden Wahlen \(1953\)](#) verlor der VdU leicht an Stimmen. Diese Stimmenverluste und interne Querelen zwischen den Parteifunktionären führten dazu, dass sich der VdU nicht weiter zur Volkspartei entwickelte, sondern hauptsächlich ein Auffangbecken für deutsch-national gesinnte Kräfte wurde.

Im Jahr 1956 wurde der Verband der Unabhängigen aufgelöst bzw. von der neu gegründeten [Freiheitlichen Partei Österreichs \(FPÖ\)](#) absorbiert.“ www.wikipedia.org/wiki/Verband_der_Unabh%C3%A4nigen (12. 5. 2011).

¹¹ Pelinka, Kadan 79: *Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien*, S. 36.

¹² Ebd.

¹³ de.wikipedia.org, 4.4.11: Julius Raab wuchs mit zwei Brüdern, unter ihnen [Heinrich Raab](#), in der St. Pöltner Baumeisterfamilie Wohlmeyer auf. Sein Onkel war [Johann Wohlmeyer](#). Nach bestandener [Matura](#) am [Seitenstettener Stiftsgymnasium](#) studierte er in Wien an der [Technischen Hochschule](#) Bauingenieurwesen und war Mitglied der K.A.V. Norica Wien, damals im [CV](#), jetzt im [ÖCV](#). Des Weiteren war er Mitglied der [A.V. Austria Innsbruck](#) (ÖCV). Gemeinsam mit dem Gymnasiasten [Leopold Figl](#) gründete er die [Mittelschulverbindung](#) Nibelungia St. Pölten.

1957 zeigt sich bei der Wahl des „Ersten Mannes im Staate“, für die die ÖVP und die FPÖ einen gemeinsamen Kandidaten nominiert haben, dass der „Bürgerblock“ in der Zweiten Republik keine tragfähige Mehrheit erwarten kann.¹⁴ Dem ersten vom Volk direkt gewählten Bundespräsidenten Theodor Körner (1951-1957/v. d. SPÖ aufgestellt) folgt Adolf Schärff (1957-1965/SPÖ). Daraufhin rückt die ÖVP von der Idee einer bürgerlichen Koalition ab.

Im Anschluss an den Staatsvertrag und dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung erfolgt am 28.11.1958 die Verabschiedung eines neuen Programms, mit dem die Partei 1959 den Wahlkampf eröffnet. Dies bedeutet zwar keine Änderung der großen programmatisch-ideologischen Linie, betont aber in Kontrastierung zum kurz vorher beschlossenen Programm der SPÖ die Modernität der politischen Grundbegriffe aus dem Personalitäts-, Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip, die gegen den „Kollektivismus“, den „Zentralismus“ und den „Materialismus“ des politischen Gegners gestemmt werden. 1959 kommt es zu einer Pattstellung. Mit dieser werden nun auch politische Arbeitsmethoden jenseits der großen Koalition angedacht. 1960 wird der ÖVP-Politiker Dr. Alfons Gorbach (1898-1972) Bundeskanzler und Dr. Withalm (1912-2003, Vizekanzler von 1968-1970, ÖVP) Generalsekretär.

Hat die ÖVP bei der Nationalratswahl 1962 mit 81 Mandaten (SPÖ 76) eine klare Mehrheit erlangt, stürzt sie zwei Jahre später vor allem deshalb in eine schwere Führungskrise, weil Gorbach offensichtlich Reformziele nicht durchsetzen kann. 1963 setzt sich am Parteitag das Reformduo Klaus/Withalm durch. Es wird das Klagenfurter Manifest beschlossen und Josef Klaus zum Parteiohmann gewählt. In Folge werden auch die Parteigrundsätze in Frage gestellt („offene Volkspartei“ bzw. „Partei der neuen Mitte“).¹⁵ Dr. Josef Klaus wird 1964 Bundeskanzler und behält diese Funktion bis 1970. Dem SPÖ-Politiker Bruno Pittermann (1905-1983) bleibt die Position des Vizekanzlers von 1957 bis 1966, also in der Zeit von Raab, Gorbach und Klaus.

Der Wahlerfolg von 1966 führt zu einem Ende der Großen Koalition und zur ersten Einparteienregierung (ÖVP) mit regierungsfähiger Mehrheit. Das bis Ende der 60er Jahre erfolgreiche Konzept der ÖVP ist das einer bürgerlichen Sammelpartei, die verschiedene Berufsgruppen und ideologische Strömungen (konservative Bestrebungen, Liberalismus, kath. Soziallehre) in sich vereint.

¹⁴ Nach dem Staatskanzler Karl Renner von 27. 4. 1945 bis 20. 12. 1945 gab es folgende Bundespräsidenten: Karl Renner (20. 12. 1945 – 31. 12. 1950), Theodor Körner (21. 6. 1951 – 4. 1. 1957), Adolf Schärff (22. 5. 1957 – 28. 2. 1965), Fanz Jonas (9. 6. 1965) – 24. 4. 1974), Rudolf Kirchschläger (8. 7. 1974 – 8. 7. 1986), Kurt Waldheim (8. 7. 1986 – 8. 7. 1992), Thomas Klestil (8. 7. 1992 – 6. 7. 2004), Heinz Fischer ab 8. 7. 2004).

¹⁵ Pelinka, Kadan 1979: *Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien*.

Pelinka, Kadan 1979: *Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien*, S. 37.

Knapp nach der Nationalratswahl entziehen die ÖVP-Wähler jedoch der Mehrheitspartei ihr Vertrauen und es folgen schwere Wahlniederlagen. Der SPÖ gelingt es sich zu profilieren. Kreisky löst den glücklosen Pittermann ab. Die Wahlniederlage von 1970 leitet für die ÖVP eine 17jährige Oppositionszeit ein. 1971 erlangt die SPÖ sogar eine absolute Mehrheit, die sie auch 1975 verteidigen kann. In der Folge gelingt es der ÖVP nicht, sich auf Bundesebene als glaubwürdige Alternative zur sozialistischen Mehrheit zu etablieren. Darüber hinaus werden in der ÖVP wesentliche Strukturänderungen in Österreich nicht erkannt.

Ab nun gewinnt die SPÖ mit Ausnahme des Jahres 1966 ständig an Wählerschaft; die ÖVP hingegen sinkt in mehrere Tiefpunkte. Diese zeigen sich in den folgenden Jahren besonders deutlich: 1953, 1959, 1970, 1971, 1975 etc. Während es der SPÖ gelingt, den Wähleranteil permanent zu erhöhen und auf relativ hohem Niveau zu halten, erlebt die ÖVP je nach den tagespolitischen Umständen ein Wechselbad aus Sympathie und Antipathie. Nach Karl Schleinzer (1971-75), Josef Taus (1975-79) und Alois Mock (1979-89), übernehmen in weiterer Folge Josef Riegler (1989-91) und Erhard Busek (1991-95) die Funktion des Parteiobmannes.

Auch bei den Nationalratswahlen 1986 verzeichnet die ÖVP einen leichten Wählerrückgang. 1990 und 1994 verliert sie aber so stark, dass sie auf die Größe einer Mittelpartei schrumpft. 1995 erreicht sie leichte Stimmengewinne. Bei den Nationalratswahlen 1999 kann sie ihren Mandatsstand zwar halten, ihr Stimmenanteil lässt sie aber zur drittstärksten Partei schrumpfen. Trotzdem stellt sie erstmals seit 30 Jahren wieder den Bundeskanzler. Wolfgang Schüssel erlangt diese Position mit Hilfe einer Koalition mit der FPÖ. Die Schwarz-Blaue Koalition führt europaweit zu heftiger Kritik.¹⁶

¹⁶ Karl Renner war Staatskanzler von 27. 4. 1945 bis 10. 20. 1945, des Weiteren waren Bundeskanzler: Leopold Figl (20. 12. 1945 – 2. 4. 1953), Julius Raab (12. 4. 1953 – 11. 4. 1961), Alfons Gorbach (11. 4. 1961 – 2. 4. 1964), Josef Klaus (2. 4. 1964 – 21. 4. 1970), Bruno Kreisky (21. 4. 1970 – 24. 5. 1983), Fred Sinowatz (24. 5. 1983 – 16. 6. 1986), Franz Vranitzky (16. 6. 1986 – 28. 1. 1997), Viktor Klima (28. 1. 1997 – 4. 2. 2000), Wolfgang Schüssel (4. 2. 2000 – 11. 1. 2007), Alfred Gusenbauer (11. 1. 2007 – 2. 12. 2008), Werner Faymann ab 2. 12. 2008).

Zur Tradition der SPÖ

Ideologische Kernaspekte der SPÖ

Es sei hier festgehalten, dass die Wurzeln des modernen Sozialismus und der Sozialdemokratie keineswegs nur im Marxismus zu finden sind.¹⁷ Obwohl diesbezüglich ein starkes Verwandtschaftsverhältnis zu orten ist, lassen sich entsprechende Ideen bis in die Antike zurückverfolgen. Während der Kommunismus nicht nur die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und Konsumgüter fordert, sondern auch eine alle Lebensbereiche umfassende zwangsweise Ordnung der Gesellschaft, gewährt der Sozialismus persönliche Freiheiten und beschränkt den gemeinschaftlichen Besitz auf die Produktionsmittel.

Unter anderem ergibt sich eine aus der Historie gewachsene Abgrenzung zur ÖVP auch dahingehend, dass aus der marxistischen Perspektive die Religion schlechthin von eigentlichen Problemen ablenkt und auf Scheinprobleme verweist. Für den Marxist ist das persönliche Glück hier und jetzt zu gestalten und soll weder die Aufgabe des Menschen noch sein Streben nach Glück auf ein vermeintliches Jenseits ausgerichtet sein. Dass für die marxistische Denkweise zwar jegliche Ausübung von Religion in der menschlichen Entscheidungsfreiheit wurzelt, ohne die es keine Schuldfähigkeit geben kann, aber das menschliche Individuum letztlich doch ein Produkt seiner Umwelt und der Produktionsverhältnisse ist, kann auch jenseits von Fanatismen als ein maßgeblicher Unterschied zu Ideologien diskutiert werden, die nicht zu weit rechts von der Mitte stehen.¹⁸ Jedenfalls gehört Karl Marx zu den großen Religionskritikern. Er fordert Veränderungen für mehr Gerechtigkeit und Gleichheit im Hier und Jetzt. Dafür steht seine Überzeugung, die Philosophie könne sich nicht ohne die Aufhebung des Proletariats verwirklichen und das Proletariat sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie.¹⁹ Darüber ließe sich vortrefflich argumentieren, wofür hier aber der Platz fehlt. Fest steht die Verwurzelung der Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bis zu ihrem Verbot 1934 wurde sie als Sozialdemokratische Arbeiterpartei bezeichnet.

¹⁷ Karl Heinrich Marx (* 5. Mai 1818 in Trier; † 14. März 1883 in London) war deutscher Philosoph, Gesellschaftstheoretiker, politischer Journalist, Protagonist der Arbeiterbewegung, Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft, der deutschen idealistischen Philosophie und der politischen Ökonomie. Er strebte eine wissenschaftliche Analyse und Kritik des Kapitalismus an und gilt als einflussreichster Theoretiker des Sozialismus und Kommunismus. Seine Theorien werden bis heute kontrovers diskutiert ([http://de.wikipedia.org/wiki/Karl Marx](http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Marx), 1. April 2011).

¹⁸ Windisch 1981: Parteien in Österreich, S. 113.

¹⁹ Liessmann Konrad Paul 1999: Die großen Philosophen und ihre Probleme, WUV, S. 105 und 106.

Um eine möglichst breite Unterstützung der österreichischen Bevölkerung zu bekommen, existiert hierzulande seit 1945 keine Bindung an den Marxismus mehr. Im weiteren Sinne ist der Sozialismus bzw. die Sozialdemokratie mit Bestrebungen verbunden, die zur Beseitigung von Klassenunterschieden führen sollen, um ein modernes nationalökonomisches System für eine gemeinsame und geplante wirtschaftliche Tätigkeit der Gesellschaft (Gemeineigentum statt Privateigentum) zu ermöglichen. Wenn die wirtschaftliche Freiheit der Einzelperson eingeschränkt werden kann und der Gemeinschaft die Verantwortung für die soziale und ökonomische Lage zu übertragen ist, um Not und Elend der breiten Masse zu beseitigen, dann eröffnen sich dabei eine Reihe von Interpretationsmöglichkeiten, Differenzierungen und Abstufungen.

Die SPÖ nach 1945²⁰

1874 erfolgt die Konstituierung der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei". 60 Jahre später entwickelt sich eine Teilung zwischen gemäßigten und revolutionären Sozialisten (1934).²¹ Mit Tony Judt können wir zwischen dem Sozialismus und der Sozialdemokratie eine klare Trennlinie ziehen. Für den Erich-Maria-Remarque-Professor geht es dem Sozialismus, der letztlich gescheitert ist, um etwas Neues, das auf der Basis völlig anderer Produktions- und Eigentumsverhältnisse den Kapitalismus verdrängen sollte.²² Eine „linke“ Alternative ist die Sozialdemokratie. Sie ist ein Kompromiss und hat sich im Gegensatz zum Sozialismus bewährt. Die Sozialdemokratie verfolgt eine Neuordnung der Politik und der Wirtschaftsverhältnisse weniger radikal.²³ Tony Judt schreibt, „Man akzeptierte den Kapitalismus und die parlamentarische Demokratie als Rahmen, innerhalb dessen man sich für die bislang vernachlässigten Interessen großer Teile der Bevölkerung einsetzen wollte.“²⁴ Am 14. April 1945 wird die Sozialistische Partei Österreichs gegründet. Es ist ein Zusammenschluss der „Sozialdemokraten“ mit den „Revolutionären Sozialisten“. Mit der Vereinigung des gemäßigten mit dem revolutionären Flügel findet das große linke Lager der Vorkriegszeit eine direkte Fortsetzung. Schwierig dabei ist die Abgrenzung zu den Kommunisten. Schließlich wird der Begriff "Diktatur des Proletariats" ausgeklammert und

²⁰ Bundesparteivorsitzende seit 1945: Adolf Schärf, Bruno Pittermann, Bruno Kreisky, Fred Sinowatz, Franz Vranitzky, Viktor Klima, Alfred Gusenbauer, Werner Faymann.

²¹ Pelinka Anton 2000: *Parteien-PolitikerInnen-Parteienstaat*, 2000, S 136.

²² Judt Tony 2010: *Dem Land geht es schlecht/Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit*, Hanser, S. 178.

²³ Judt Tony 2010: *Dem Land geht es schlecht/Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit*, Hanser, S. 179.

²⁴ Judt Tony 2010: *Dem Land geht es schlecht/Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit*, Hanser, S. 178.

mit dem Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie eine Grenzlinie gegenüber den Kommunisten gezogen: „Die Sozialistische Partei Österreichs ist eine grundsätzlich demokratische Partei. Sie lehnt entschieden jedes System eines Einparteienstaates ab und sieht in dem freien Kräftespiel politischer Parteien die notwendige Grundlage der Demokratie.“²⁵

Die SPÖ koalitiert mit der ÖVP von 1947 bis 1966. Obwohl die SPÖ bei den Neuwahlen 1953 als stimmstärkste Partei hervorgeht, erlangt die ÖVP aufgrund der Wahlarithmetik eine Mandatsmehrheit von einem Mandat. 1956 kommt die ÖVP wieder nahe an die absolute Mehrheit heran. Im selben Jahr beginnt die SPÖ ihre ideologische Erneuerung, und zwar am Parteitag. Das Programm wird im Mai 1958 einstimmig beschlossen. Es ist ein Kompromiss, der in austromarxistischer Tradition einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht etwas bieten soll, z. B. den Marxisten marxistische Formulierungen und dem Humanisten eine scharfe Abgrenzung zu den Kommunisten etc.: „Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromisslose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus.“²⁶ Auf dieser Grundlage erlangt die SPÖ 1959 die relative Stimmenmehrheit. Es folgt eine Pattstellung, die jegliches Regieren hemmt.

Die Nationalratswahl 1962, es ist die zehnte in der österreichischen Geschichte, beschert den Sozialdemokraten eine Niederlage und verstärkt parteiinterne Auseinandersetzungen. Die SPÖ verliert 0,8 % der Stimmen (ÖVP +1,2%) und landet mit Bruno Pittermann auf dem zweiten Platz, die FPÖ wurde mit dem ehemaligen SS-Obersturmführer Friedrich Peter mit einem Minus in ihrer Wählerschaft (-0,7%) die dritte Kraft, die KPÖ erreichte kein Grundmandat (-0,28 %). 1964 kommt es zu einer Parteikrise.²⁷ Die elfte Nationalratswahl (1966) beschert sowohl der SPÖ (-1,44%) wie auch der FPÖ (-1,69%) Verluste, die ÖVP gewinnt 2,92%.²⁸

²⁵ Pelinka & Kadan 1979: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien, S. 34.

²⁶ Pelinka, Kadan 1979: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien, S. 34.

²⁷ Pittermann wollte mit Hilfe der FPÖ die ÖVP aus der Regierung drängen; "Affäre Olah"; 1965 gründet Franz Olah (u. a. war er Innenminister und Präsident des ÖGB) nach seinem Parteiausschluss aus der SPÖ die eher populistische Demokratische Fortschrittliche Partei, die 1966 bei den Nationalratswahlen 3 % der Stimmen bekommt. Dadurch verbleibt der ÖVP die Mandatsmehrheit und die Alleinregierung unter Josef Klaus – <http://de.wikipedia.org> (2. 5. 2011).

²⁸ Angetreten waren 1966 folgende Parteien: ÖVP (Österreichische Volkspartei), SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs), FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), DFP (Demokratische Fortschrittliche Partei (Franz Olah), KLS (Kommunisten und Linksozialisten), LPÖ (Liberaler Partei Österreichs) und MLÖ (Marxisten-Leninisten Österreichs).

1967 wird Kreisky zum Vorsitzenden gewählt und in der Folge beim nächsten ordentlichen Parteitag mit 97,4 % der Stimmen zum unbestrittenen Anführer des österreichischen Sozialismus gekürt.²⁹

1970 fördern interne Probleme der ÖVP die Alternative SPÖ. Diese wird stärkste Partei (relative Mehrheit) und regierungsfähig. Kreisky bildet eine Minderheitsregierung und ist entschlossen, diese einmalige Chance zu nützen. Seine Partei sieht sich nach der ersten Phase, in der dem Proletarier seine gesellschaftliche Rolle bewusst gemacht werden soll und der zweiten Phase, die dem Wohlfahrtsstaat dient, nun in der dritten Phase der Arbeiterbewegung. Diese hat sich vor allem deshalb die Verwirklichung der sozialen Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben, um einen Weg zu mehr Machtkontrolle zu finden.

Kreisky baut sich die FPÖ als potentiellen Koalitionspartner auf und profitiert von Fehlern, die die ÖVP in der Verteidigungspolitik gemacht hat (Schwächung der Heeresstruktur etc.). Aus wahltaktischen Gründen strebt er Neuwahlen an. Seine Politik geht auf. 1971 erreicht er die absolute Mehrheit (93 Mandate; die SPÖ gewinnt 60.000 Stimmen, die ÖVP verliert 90.000 Stimmen).

Kreisky steht vor allem für den Austrokeynesianismus der 1970er-Jahre. Er versucht durch intensives *deficit spending* die Wirtschaft anzukurbeln. Ohne die Arbeitslosenquote zu steigern, soll die Sozialpartnerschaft, bestehend aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Gesamtlöhne und die Produktivität im Gleichgewicht halten. Wenn nun der Bundeskanzler bei diesem Balanceakt die Gefahr einer steigenden Inflationsrate nicht mit dem Verlust von Arbeitsplätzen bekämpfen möchte, dann muss er die Staatsverschuldung vergrößern.

Letztlich kommt es dann aber vor allem deshalb zu heftigen Diskussionen (Parteitag 1972), weil die jüngere Generation u. a. auch die Ideologie in Frage stellt. Kreisky steckt daher den ideologischen Horizont der Partei ab und offenbart seinen "marxistischen Kern". Das Beheben sozialpolitischer Versäumnisse der ÖVP (z. B. Schülerfreifahrt) lässt dann auch

²⁹ de.wikipedia.org, 5.4.11: Bruno Kreisky (* 22. Jänner 1911 in Wien; † 29. Juli 1990) war von 1970 bis 1983 Bundeskanzler der Republik Österreich. Teilweise gleichzeitig mit ihm waren die Sozialdemokraten Willy Brandt und Olof Palme Regierungschefs, mit denen er in der Sozialistischen Internationale eng zusammenarbeitete. Als Bundeskanzler regierte er daher zunächst mit einer von den Freiheitlichen tolerierten Minderheitsregierung; 1971, 1975 und 1979 erreichte er mit der SPÖ jeweils die absolute Mehrheit. War die erste Hälfte seiner Regierungszeit von vielfältigen Reformen geprägt, trat nach den Ölschocks von 1973 und 1979 die Bekämpfung der Rezession in den Vordergrund. Um den Preis starker Budgetdefizite konnten lange ein hohes Wirtschaftswachstum und die von Kreisky stets als die an erster Stelle seiner Prioritätsliste angesehene Vollbeschäftigung gehalten werden.

Raum für die Umsetzung von spezifisch sozialdemokratischem Gedankengut (z. B. Abtreibung).

Der SPÖ gelingt auch 1975 ein Ausbau der absoluten Mehrheit. 1979 erlangte sie sogar 51%. 1983 (SPÖ: 47,6%/ÖVP: 43,2%/Grüne: 3,4%/FPÖ: 5%/KPÖ: 0,7%) wird eine relative Mehrheit erreicht. Fred Sinowatz bildet daraufhin eine Koalitionsregierung mit der FPÖ. 1986 (SPÖ: 43,1%/ÖVP: 41,3%/Grüne: 4,8%/FPÖ: 9,7%/KPÖ: 0,7%) wird am Parteitag der FPÖ (Innsbruck) Norbert Steger gestürzt. Der Neue FPÖ-Obmann heißt Jörg Haider, der in den kommenden Jahren zu einem maßgeblichen Faktor im Spiel um die Macht aufsteigen wird.³⁰

Nachdem Vranitzky die "Kleine Koalition" aufgelöst hat, künden Neuwahlen die SPÖ zur stärksten Partei. 1987 kommt es zu einer großen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ. Diese wird nach der Nationalratswahl 1990 fortgesetzt, bei der die SPÖ wieder die meisten Stimmen erhält. Trotz eines für sie enttäuschenden Wahlergebnisses vergrößert die SPÖ auch 1994 ihr Wählervotum, dass sie nach dem Bruch der Koalition im Jahre 1995 sogar noch ausbauen kann. 1997 übernimmt Viktor Klima das Amt des Bundeskanzlers und übergibt es im April 2000 an Alfred Gusenbauer.

Begründen 1999 etwa zwei Drittel der SPÖ-Wähler ihre Entscheidung mit der Sicherung der politischen und sozialen Stabilität (65%), wird die Liste jener Motive, welche zu einem Votum für die ÖVP führen, von Faktoren wie z. B. der Wirtschaftskompetenz, der Interessensvertretung und dem Traditionsbewusstsein angeführt. Aber auch solche Prioritätensetzungen sind nicht in Stein gemeißelt. Alles ist im Wandel. Aber was lebt den Moment, der immer etwas Persönliches beinhaltet?

³⁰ Im Parteivorstand der FPÖ waren vor allem in den Jahrzehnten nach der Gründung ehemalige SS-Offiziere und Mitglieder der NSDAP. Parteiohleute der FPÖ waren Anton Reinthaller, Friedrich Peter, Alexander Götz, Norbert Steger, Jörg Haider, Susanne Riess-Passer, Matthias Reichhold, Herbert Haupt, Ursula Haubner, Hilmar Kabas und Heinz-Christian Strache. <http://de.wikipedia.org> (2. Mai 2011).

Abgrenzungen, Konfliktlinien

Abgrenzung grundsätzlicher Konfliktlinien

Aus dem obigen historischen Rückblick geht klar hervor, dass sich die ÖVP und die SPÖ seit 1945 von der politischen Mitte aus gesehen zwar diametral gegenüber stehen, aber beide Parteiblöcke doch die nötige Nähe für Kompromissmöglichkeiten haben, um in einer Regierung gemeinsam weitreichende Beschlüsse (Gesetze etc.) zu fassen. Das politische "Links" und "Rechts" umfasst das Spektrum der Bevölkerung und wird von der Sitzordnung im Parlament repräsentiert. Die konsensuale Mitte kann nur ein Konstrukt aus vorläufigen Vereinbarungen sein, die weiterhin ein dynamisierender Stoff bleiben. Politisierenden Aspekten geht immer ein Konfliktpotential voraus, mit dessen Auswüchsen der Staatsbürger je nach Herkunft und gesellschaftlicher Stellung mehr oder weniger konfrontiert ist.

Für die politikwissenschaftliche Erklärung europäischer Wahlergebnisse gibt es die Cleavage-Theorie.³¹ Sie versucht das Wählervotum anhand langfristiger Konfliktlinien zu erhellen. Konflikte spiegeln Interessen und Werte, die Spannungsverhältnisse aufbauen, mit denen die Entstehung der europäischen Parteisysteme weitgehend erklärt werden können. Das 19. Jahrhundert verwurzelt grundsätzliche Reibungsflächen, wie z. B. Kapital vs. Arbeit, Kirche vs. Staat, Land vs. Stadt etc.

Typische Cleavages (*engl.* Teilung, Spaltung, Zwiespalt etc.) grenzen ab, z. B. wenn eine gesellschaftliche Stellung darüber entscheidet, ob die SPÖ gewählt wird oder die aktive Zugehörigkeit zur Kirche eher in eine christlichsoziale Richtung tendieren lässt. Ob und wie weit die alten Konflikte eine innere Verbundenheit zu einer Partei begründen können, hängt auch mit der Vielfalt zusammen, die die politische Landschaft zu bieten hat. Schon vor der Jahrtausendwende wird die Politik „farbenprächtiger“.

Konfliktlinien (Cleavages) wurden früher in Richtung Klassengesellschaft oder religiöse Ansichten gezogen. Im Laufe der Zeit haben sich die Diskursmöglichkeiten gravierend erweitert und gehen in der Folge z. B. um kulturelle Unterschiede (clash of cultures), generationsübergreifende Konflikte, Genderfragen und Bewegungen in der Ausbildung. Davon können auch wissenschaftliche Errungenschaften oder technische Entwicklungen nicht ausgespart bleiben. Mögliche Konfliktlinien können sich zum Beispiel auch hinsichtlich des Alters, des Geschlechts, der Bildung oder in Richtung ethischer Fragestellungen ergeben.³²

³¹ de.wikipedia.org/wiki/Cleavage-Theorie, 12. 4. 2011.

³² Autoren s. Pkt. 8: Politik im Wandel, Tabelle S. 11.

Traditionelle Konfliktlinien

(Gesellschaftliche) Klassen (Ungleichheiten und unterschiedliche Chancen und Ausgangssituationen): Traditionellerweise bildet die Arbeiterschicht eine Wählerbasis für die SPÖ. Demgegenüber wird die ÖVP u. a. eher von den Bauern und Gewerbetreibenden gestützt. In diesem Zusammenhang kann auch das Spannungsfeld "**public vs. private**" als Konfliktlinie gesehen werden. In der Folge müssen natürlich auch Beamte und Angestellte berücksichtigt werden. Der Lehrerstand, die Bundes- und Landesbediensteten, Beamtete ergo Pragmatisierte, Vertragsbedienstete etc. stehen auf der einen Seite, die freiberufliche Tätigkeit, das Gewerbe, die Privatwirtschaft etc. auf der anderen. Darüber hinaus gibt es auch noch spezielle Arbeitsverträge. Dies alles verdient eine sehr differenzierte Betrachtung. Unterschiedliche Beurteilungskriterien und Maßstäbe führen dazu, dass komplizierte Sachverhalte für weite Teile der Bevölkerung ein „Spanisches Dorf“ bleiben und sich viele Menschen ungerecht behandelt fühlen. Inhomogene Strukturen können zu instabilen Verhältnissen führen.

Religion: Nach 1945 lässt eine innere Verbundenheit mit dem Katholizismus eher zur ÖVP tendieren. Was schon angeklungen ist, muss aber nicht zwingend sein. Die Fronten ändern sich. Wir entfalten uns auf der Basis von Grenzziehungen und damit verbundenen Neuordnungen. Jeder kann beobachten, dass religiöse Weltanschauungen Konfliktpotentiale manifestieren und erweitern können, mitunter einen *clash of cultures* zuspitzen. Die Migration und die Globalisierung führen Kulturkreise zueinander. Die Zuwanderung konfrontiert z. B. den Christen mit dem Muslim. Ängste und Unsicherheiten breiten sich aus, Subkulturen bilden sich. Eltern und Lehrer sind gefordert, wenn die Art und Weise für ein *Sowohl - Als auch* resp. ein *Sowohl - Wie auch* gebildet werden soll. Fanatismus und Verabsolutierungen sind auf jeden Fall ein Hemmschuh, wenn im Hinblick auf eine menschenfreundliche Gesellschaft die einzelne Person im Zentrum des Entwicklungsgeschehens bleiben soll. Furcht, Misstrauen und mangelndes Mitgefühl können innere Bezugspunkte „einfrieren“ und einengen. Jeden Tag sehen wir in den Nachrichten, wohin ein Fanatismus führen kann. Aber Toleranz braucht innere Orientierung und die Fähigkeit zur Perspektivenerweiterung. Gleichgültigkeit darf nicht mit Toleranz verwechselt werden.

Region: Geprägt werden die beiden Milieuparteien ÖVP und SPÖ über Jahrzehnte hinweg von Gegensätzen - zwischen Zentrum und Peripherie, also von der Stadt und vom Land, vom "Roten Wien" und den eher "Schwarzen Ländern". Ein Problem ist z. B. die Ausdünnung der

Nahversorgung im ländlichen Gebiet. Konzentrieren sich Supermärkte, wo sich die Besiedelung zusehends verdichtet, sterben im ländlichen Raum die Nahversorger und Kreisler. Die „großen“ Einkäufe werden dort getätigt, wo sie billiger zu haben sind. Was dann auch völlig auf der Strecke bleibt, ist die „persönliche Ansprache“. Sie wird von Kassierpersonal und Regaldienstboten ersetzt. Viele alte Menschen dürften unter dieser Entwicklung besonders leiden. Haben sie keine Kinder oder sind diese weiter weggezogen, kann es schlimm werden. Nicht selten vereinsamen Menschen inmitten einer Masse und einer „modernen Sachlichkeit“.

Die „klassischen“ Konfliktlinien führen im Verlauf der Geschichte zu traditionellen Schwerpunktsetzungen, die die oben angeführten ideologischen Kernelemente und Abgrenzungsversuche begründen. Aber wie bei jeder einzelnen Person, so kann auch die Entwicklung der beiden großen Milieuparteien der Nachkriegszeit nur über immer neue Betrachtungsweisen der alten Werte gehen: Was muss bleiben? Was soll bleiben? Was soll sich wandeln? Was hilft der Person, das zu werden, was sie ist resp. sein könnte? Welcher Weg zeigt, dass das etwas „Altes“ zur Entfaltung gebracht werden kann? Was schafft Verbindlichkeit? Was lässt und vertrauen? Was bewährt sich und worüber müssen wir uns empören? Etc.

Ändern sich Cleavages, muss es auch um die Art und Weise gehen, wie daraus resultierende Erfahrungen in den politischen Alltag integriert werden. Beruht ein Staat auf einer menschenfreundlichen Verfassung, was keine Selbstverständlichkeit ist, muss die Politik eine Konfliktkultur entwickeln, leben und vorleben. Weil dies jeden Bürger betrifft, sind Bildungseinrichtungen (Schulen, Hochschulen etc.) ganz besonders gefordert. Sie sollen im Sinne einer sowohl lebensfreundlichen Entwicklung wie auch einer Begründung für Grundvertrauen größere Lebenszusammenhänge ermöglichen, die integrative Tendenzen, Mündigkeit, Differenziertheit und Empathie fördern.

Es zeigt sich, dass die Entwicklung keinen Stopp kennt: 1999 votierte erstmals eine Mehrheit der ArbeiterInnen für die FPÖ. Die Konfliktlinie *Religion* wird von der gesellschaftlichen Säkularisierung vorerst entspannt.³³ Mit der Zeit sorgen dann auch politische Konkurrenzparteien für mehr Vielfalt (z. B. Grüne, BZÖ).

Wahlmöglichkeiten sind die Basis für Verantwortungskompetenz, daher kann die Wahlberechtigung nur von der Einzelperson die endgültige Begründung bekommen. Die

³³ Pelinka, Rosenberger 2000: Parteien-PolitikerInnen-Parteistaat.

Entfaltung jener Alternativen ist Grundlage für Verantwortungsbereitschaft, welche von Sozialisations- und Bildungsprozessen zwar stark beeinflusst wird, aber letztlich doch das bloß Mechanistische, Notwendige und Reduzierende in einer kreativen Weise überschreiten. Es geht um persönliche Bestimmungen und Entfaltungsprozesse. Jede Form der menschlichen Kommunikation steuert dazu bei. Im Informationstransport und den diesem zugrundeliegenden Wechselwirkungsprozessen hat die Art und Weise der damit verbundenen Engagements einen wesentlichen Einfluss auf die persönliche und gesellschaftliche Entwicklung. Wie begegnen wir uns? Wie nehmen wir Bezug? Was unterstellt jemand einer anderen Person? Welche Erwartungen fördern und welche hemmen persönliche Entwicklungsprozesse? Was hat für einen Menschen Qualität (Begegnungsqualität, Bildungsqualität, Handlungsqualität)? Was unterstützt Authentizität, Empathie und Wertschätzung? Was begründet Vertrauen und Herzensfülle? Etc.

Ohne Informationshintergrund können politische Gegebenheiten nicht differenziert werden, um sie im Sinne der Exlektik auf eine gelungene Weise in den Alltag zu integrieren.³⁴ Um dies zu schaffen, müssen Konfliktlinien permanent abgewogen werden. Dafür sind Multiplikatoren gefragt, letztendlich aber jede Person. Jeder Bürger erfährt politische Konfliktlinien. Diese müssen wir immer wieder durchkreuzen, weil wir in Bezugnahmen geistig-seelisch wachsen. Das sich wandelnde Verhältnis zur Umwelt transportiert sich mittels so etwas wie einer „Interferenz“ aus latenten und konkretisierten Konfliktpotentialen als etwas, das mehr ist als prognostiziert und berechnet werden kann. Was uns so bewegt ist ständig im Fluss. Es bewegt und ist selbst in Bewegung, es beeinflusst und wird beeinflusst, es ist rückbezüglich. Der Mensch fragt nach sich selbst.

Exemplarisch erweisen sich Cleavages im Spannungsfeld **Verstaatlichung vs. Privatisierung** immer auch im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Wechselwirkungen, deren Grundpositionen permanent auf den Prüfstand stehen. In Reinkultur nennen wir sie

- **Klassik,**
- **Neoklassik,**
- **Keynesianismus**
- **Neoknesianismus**
- **Liberalismus,**
- **Neoliberalismus und**
- (maßgeblich für die EU-Konvergenzkriterien) **Monetarismus.**

³⁴ Ich partizipiere mit dem Begriff *Exlektik* von Edward De Bono. Er meint damit die Bereitschaft, aus einer Situation das Beste machen zu wollen.

Um für möglichst alle Menschen wirtschaftliche Ausgewogenheit anzustreben, werden idealistische und fachkompetente Spezialisten benötigt, die langfristig auch über den Tellerrand ihrer Zunft blicken und keine so kleinherzigen wie geldgierigen Privilegienritter sind. Wenn innere Größe jene Veränderungsprozesse verlangt, die über das mechanistische und zwingende hinausführen, dann drängt sich die Frage danach auf, welche Herzenswünsche unsere Empörung nähren?

Veränderung und Gefahr

Nichts Neues unter der Sonne:

Zentrale Determinanten im Ausklang des Jahrtausends

Die Milieuparteien mutieren zu Massenparteien. Daher streicht auf der einen Seite die SPÖ "Klassenkampf-Begriffe" und öffnet sich auf der anderen die ÖVP der bürgerlichen Mittelschicht etc. Schon vor der Jahrtausendwende entstehen weitreichende Neuorientierungen im Wahlverhalten der jüngeren Generation. Dabei spielen neben einer diffuse Protesthaltung und einer generellen Unzufriedenheit auch neue sektorale Konflikt- und Spannungslinien eine Rolle.

Die Gegenüberstellung **public vs. private** drückt ein zentrales Konfliktverhältnis aus, das einer Werte-Polarisierung zuträglich ist. Daraus resultierende Schattierungen werden auch einer breiteren Bevölkerungsschicht einsichtig, z. B. die "Neue Rechte" oder die "Neue Linke". Diskurse gehen quer durch die politische Landschaft und können zu einem "Realignment" im Wahlverhalten führen. So verteilt z. B. eine gravierende Umschichtung im Wahlverhalten der Arbeiterschaft die Karten völlig neu.³⁵

Die Politik ist immer im Wandeln. Medien machen dafür Stimmung. Daher fordert permanent, was den Einfluss massenmedial induzierter Stimmungslagen kritisch betrachten lässt.³⁶ Schon bevor dabei in Frage gestellt wird, liegt es am Einzelnen, wie weit die Meinungsbildung in humane Qualitäten gehen kann. In welcher Art und Weise stellt sich jemand selbst in Frage? In welches Verhältnis zu anderen Menschen kann uns die Frage nach uns selbst setzen? Welche Motive verfolgt eine Person? Welche Qualitäten fördert und transportiert ein Mensch, wenn er sich in Frage stellt?

Niemand sollte die Kraft unserer Herzenswünsche unterschätzen. Damit verbundene würdevolle Verhaltensweisen und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Politik ist immer auch eine Grundlage für die Bildung der Wahrnehmungsdynamik und von kreativen Prozessen. Aber auch die Gefahr von Missbräuchen hängt wie ein Damoklesschwert über der Gesellschaft. Gewissenlose und egoistische Politiker hat es zu allen Zeiten gegeben. Daran hat sich seit Jahrtausenden nichts geändert.

³⁵ *Realignment* bezeichnet man eine Neufestsetzung (Wechselkurses).

³⁶ www.zap.or.at/20102104.html, 2001.

Wahlentscheidungen und Gefahren

Die Veränderungen der Wählervota zeigen sich in Phasen, aus denen Trends abgeleitet werden können. Nach 1945 prägen ÖVP und SPÖ als die großen politischen Lager die österreichische Politik (partiell Realignment). In den 50er und 60er Jahren wird das Wahlverhalten nach wie vor von traditionellen Mustern dominiert und ist dementsprechend stabil. In diesem Zeitraum wiesen noch drei Viertel der österreichischen Bevölkerung eine stabile Bindung zu einer politischen Partei auf.³⁷ Bereits in den 60er Jahren beginnt eine Erosion. Nach einer Stabilisierungsphase, die von den 70er bis in die 80er Jahre hinein dauert, beginnen traditionelle Muster an Bedeutung zu verlieren. Familientraditionen und Ideologien stehen in Frage. Im Vergleich zur Mitte der siebziger Jahre hat sich bis zur Jahrtausendwende der Anteil von Personen mit starker Parteibindung halbiert und beträgt 1999 nur mehr 16%. Ende der 90er Jahre fühlt sich nur mehr die Hälfte der Wahlberechtigten konstant und dauerhaft mit einer bestimmten Partei verbunden. Zur Jahrtausendwende sehen sich wesentlich weniger Menschen als früher nur von einer bestimmten Partei gut vertreten, mit deren Ideologie und Programm sie Konfliktlinien begegnen wollen. Es werden auch andere Optionen gesehen, auch radikalere. Immer mehr Menschen imponiert Polemik. Oppositionelle Angriffslust, einfache Erklärungen von komplexeren Gegebenheiten, der Fokus auf Schuldzuweisungen, das schonungslose Aufzeigen diverser Ungereimtheiten, Schlagfertigkeit und ein gut argumentiertes Kontrollverhalten bescheren Stimmenzuwächse. Wohin führt die Erweiterung des politischen Angebotes? Was wird aus jener politischen Neigung, mit welcher sich früher der Einzelne besser zu positionieren glaubte und die im Akt der Verbundenheit und Verbindlichkeit zur Bildung von Identität beigetragen konnte? Ich bin zur Ansicht gekommen, dass es immer dann gefährlich wird, wenn

- Vertrauensverhältnisse zu sehr gestört werden - ohne Vertrauensvorschuss würde z. B. weder das Bankwesen noch der Aktienhandel funktionieren,
- jene Ungleichheiten in der Gesellschaft ein gewisses Maß überschreiten, welche den Menschen das Gefühl von Ungerechtigkeit und Unfairness geben (soziales Gefälle, unangemessene Kluft zwischen den Gesellschaftsschichten, keine Chancengleichheit),
- Leute im Wahn von allzu viel Selbstüberschätzung und Selbstverwirklichung meinen, sie hätten ein Recht darauf, andere Menschen überheblich zu instrumentalisieren, zu hintergehen oder gar bei Bedarf auszuschalten,

³⁷ Vgl.: www.zap.or.at.

- einzelnen Personen, Gruppen oder sogar einem ganzen Volk die Würde abgesprochen wird und damit auch jene Werte für die Dynamik des Daseins ausgeklammert bleiben, welche im Sinne einer Intensivierung des Menschseins Begegnungen intensivieren,
- politische Vorgangsweisen wirtschaftliche Entwicklungsprozesse einleiten, die zur Verelendung und zur Verwahrlosung sowohl der äußeren (persönliches Umfeld) Welt wie auch im Zuge der Bildung von Wahrheit (persönliches Innenleben: psychische und seelische Befindlichkeit) führen - z. B. wegen einer zu hohen Arbeitslosenrate, unzureichenden Kapitalmitteln im persönlichen Haushalt, schlechte medizinische Versorgung, gesellschaftliche Verrohung im Umgang mit den Mitmenschen, Bildungsdefizite in Gesellschaftssektoren, Verweigerung des **Mitgefühls** resp. egoistisches Konkurrenzgehabe,
- unbedingte Pflichterfüllung auf Kosten der Eigenverantwortung gelebt wird, also das rechte Augenmaß abhanden kommt,
- ein System den Menschen instrumentalisiert, strikt unter allen Umständen die pure Funktionsfähigkeit und den unbedingte Gehorsam fordert und dem Einzelnen ermöglicht, Privilegien mit der Abgabe von persönlicher Verantwortung zu „erkaufen“ (Führerkult, Führerhörigkeit),
- willige Parteisoldaten, die *von Amts wegen* über andere bestimmen dürfen und wegen ihrer Obrigkeitshörigkeit jegliche maßgebliche Schuldfähigkeit von sich weisen, d. h. letztlich nicht mehr wissen, wem gegenüber sie im Sinne der Lebensentfaltung die Unterstützung und Förderung von Humanität schulden,
- von der Ebene maßgeblicher Funktionäre aufwärts mit gedankenloser und opportunistischer Pflichttreue ganz gezielt das mitfühlende Zuhören verweigert wird - *so war z. B. der gehorsame Eichmann, der die Judendeportationen des Dritten Reiches organisierte und leitete, ein nahezu idealtypischer Funktionär – für ein tieferes Verständnis der „Banalität des Bösen“ sei auf die 2011 in Buchform erschienene Korrespondenz zwischen Hannah Arendt und Joachim Fest verwiesen,*³⁸
- sich die persönlichen Bezugnahmen auf der Oberfläche reiner Zweckmäßigkeit und des puren Nutzdenkens nie vertiefen, sondern sich im Opportunismus und im Karrierestreben erschöpfen,
- in einem gesellschaftlichen Umfeld weder die auf der Basis von begründetem Vertrauen stattfindende Entwicklung der individuellen Authentizität möglich werden

³⁸ Arendt Hannah, Fest Joachim 2011: Eichmann war von empörender Dummheit. Gespräche und Briefe, Piper,

kann noch die persönlichen Anlagen, Interessen und Neigungen (Bestimmung) eine tragende Rolle spielen sollen,

- selbst Personen, die Schlüsselstellen inne haben, ihre Perspektiven nicht wechseln können,
- die Entwicklung von Alternativen, ohne die es keine kreativen Prozesse geben kann, so weit verhindert wird, dass selbst die Verweigerung und das Verneinen ausbleiben muss,
- Bildungsprozesse zur Bedeutungslosigkeit verkommen, weil sie z. B. falschen und menschenverachtenden Interpretationen zuspieren und nicht auf bewährten Grundlagen gründen, die sowohl Vertrauen wie auch unterstützende Verbindlichkeiten begründen,
- Menschen in Machtpositionen der gesunde Realitätssinn verloren geht und für sie die Realitätsverweigerung als eine letzte Konsequenz zum Weitermachen in ihrer Tätigkeit reicht – d. h. sie dann auch nur hören möchten, was sie hören wollen,
- das politische bez. gesellschaftliche System keine weiterführenden Perspektiven eröffnen will, sondern für eine sog. „größere“ Idee, aber auf Kosten der Entwicklung des Qualitätsbewusstseins und auf Kosten der Öffnung gegenüber anderen Personen und weiterführenden Interessen, insofern die Einzelperson „in sich“ geschlossen hält, so vor allem auf eher nekrophile (i. S. v. Erich Fromm) Faktoren wie Egoismus, Überlebenskampf und Konkurrenzdenken etc. gesetzt wird,
- Spiritualität (i. S. der lateinischen Urbedeutung *spiritus*: das Lebensintensivierende) ganz grundsätzlich bekämpft wird,³⁹
- der Mensch keine Möglichkeit bekommt, sich in einer angemessenen Weise verbal und emotional Ausdruck zu verleihen und daher bei jenen anderen Mitmenschen nicht „ankommen“ kann, welche auf Kosten des Mitgefühls wie ein Rädchen im unmenschlichen Getriebe funktionieren und spüren lassen, wie sie ihres Amtes walten,
- äußere Rahmenbedingungen gegen Chancengleichheit wirken, also ungerechtfertigte Unterschiede in der Gesellschaft zu sehr begünstigt werden (Schlagwort: Bildung wird vererbt etc.),
- die Sprache instrumentalisiert wird, weil maßgebliche Begriffe im Interesse gewissenloser Politiker uminterpretiert werden (z. B. besetzten die Nationalsozialisten Begriffe wie Härte, Rücksichtslosigkeit, Rasse, Selektion etc. auf ihre Weise) ,

³⁹ Zohar Danah, Marshall Ian 2010: IQ?EQ?SQ?, inspire, S. 56 – 60: Assoziation über den Begriff *spirituell*: Sinn, Werte, Ziele, Verantwortung, Nachhaltigkeit; vertiefende Gemeinsamkeit und Dynamik des Inneren (spirituelles Kapital), innere Reichhaltigkeit: Was soll erreicht werden? Wofür existieren? Wofür verantworten?

- eine Person immer und überall so sehr im Puls der Mode schlagen will, dass sie innere Autonomie vermissen lässt, ohne die niemand seiner Bestimmung folgend im Sinne eines zunehmenden Qualitätsbewusstseins die eigene Identität entwickeln kann,
- sich die lauten und rücksichtslosen Mitmenschen und Kollegen durchsetzen, nicht diejenigen, die menschliche Qualitäten und kreative Inhalte vermitteln wollen – *diesbezüglich darf die Kant'sche Ansicht mitgedacht und diskutiert werden, der zufolge die Unmoral schon dort beginnt, wo jemand für sich eine Sonderstellung beansprucht,*
- individuelle Wahlmöglichkeiten des einzelnen Menschen auf Kosten der Humanität eingeschränkt werden - *diktatorische und totalitäre Systeme vermindern Entscheidungsbefugnisse,*
- die einzelne Person einer größeren Idee geopfert werden soll,
- Fanatismus und Verabsolutierung an der Tagesordnung sind - also hemmende Einfalt, Stagnation und Starrheit statt die Entwicklung und Weiterführung jener Bezugnahmen und Verbindungsprozesse, die auf qualitätsvollen Aspekten zunehmender Vielfalt beruhen.⁴⁰

⁴⁰ Ich möchte im Hinblick auf die hier vorgestellte Auswahl auf die folgenden so großartigen wie brillanten Autoren verweisen:
 Fest Joachim 2006/07: Hitler. Eine Biografie, Spiegel Edition, u. a. S. 339;
 Arendt Hannah, Fest Joachim (Hrsg.: Wild Thomas) 2011: Eichmann war von empörender Dummheit (Gespräche und Briefe), Piper, vor allem S. 12 und 13.

Repräsentative Zahlen zur Wahldynamik

Lange Zeit vereinen ÖVP und SPÖ 90% der Stimmen. Dieser Dominanz steht eine kleine Partei gegenüber: Die FPÖ ist die dritte Kraft. Die Ära der *Großen Koalition* bis 1966 wird dann von Alleinregierungen abgelöst. Bis 1970 hält die ÖVP das Ruder in der Hand, danach bis 1983 die SPÖ. Mit der Zeit gewinnt die politische Landschaft an Vielfalt. Bis zur Jahrtausendwende sind fünf Parteien im Nationalrat vertreten.

Die Dekonzentration der österreichischen Parteisystematik zeigt sich besonders ab dem Jahr 1975. Der Prozentsatz von 84,4% der Stimmen, die in diesem Jahr die ÖVP und die SPÖ gemeinsam verbuchen können, wird 20 Jahre später (also 1995) auf 66,4% geschrumpft sein.⁴¹

Lange Zeit ist die WechselwählerInnenschar stabil. Ist sie 1979 lediglich 7%, so weitet sie sich aber bis 1994 auf 19% aus. Der Tendenz folgend geht der Stammwähleranteil zwischen 1969 (65%) und 1995 (28%) um satte 37% zurück. Im Zusammenhang damit verdoppelt sich von 1979 (9%) bis 1994 (18%) der Anteil jener Wähler, welche erst kurz vor der Wahl ihre Entscheidung definitiv festlegen. Die "Wankelmütigen" entscheiden sich aber letztlich eher für eine Oppositionspartei, z. B. die FPÖ, das LiF (Liberales Forum) oder die Grünen.⁴² Wie schon erwähnt, gewinnt die Parteienlandschaft an Vielfalt. Nach den 70ern folgt ein Jahrzehnt erfolgreicher Parteineugründungen. „Seit den späten 80er Jahren, mit der Einigung der Grünbewegung und den Stimmgewinnen der FPÖ, wird das Parteiensystem nicht nur mobiler, sondern es wird auch von einem Mehrparteiensystem gesprochen: Ab 1986 besteht wieder ein Vier-Parteien-Parlament, zwischen 1993 und 1999 sogar (s. o.) erstmals ein Fünf-Parteien-Parlament. Nach der Nationalratswahl 1999 sind drei Parteien annähernd gleich stark, zwischen ihnen kann potentiell die Regierungsbildung erfolgen.“⁴³

Wie bei den vorhergehenden Wahlen seit 1986, so kann die FPÖ auch 1999 den höchsten Anteil an Wechselwählern für sich verbuchen. Für sie stimmen immerhin 37% der vor der Wahl Unentschlossenen, gefolgt von 17% für die Grünen, 16% für die ÖVP und 15% für die SPÖ. Eine einschneidende Zäsur in der Geschichte des österreichischen Parteiensystems zeigt spätestens die Nationalratswahl 1999. Ein stabiles politisches Gleichgewicht aus zwei dominanten in festgefügte soziale Milieus eingebettete Parteien ist definitiv zur Zeitgeschichte geworden! Es handelt sich also unverkennbar um ein Votum für Veränderung.

⁴¹ Vgl. Tabelle Seite 2 aus *Politik im Wandel*, Autoren siehe Pkt.8.

⁴² Vgl. Tabelle Seite 2 aus *Politik im Wandel*, Autoren siehe Pkt. 8.

⁴³ Pelinka A, Rosenberger S. 2000: Parteien-PolitikerInnen-Parteienstaat, Seite 135.

Bis in die frühen 80er Jahre waren soziale Lagen und berufliche Lebensumstände trennscharfe Prädikatoren des Wahlverhaltens.⁴⁴ Vor allem der berufliche Status und hier besonders die Trennung zwischen vorwiegend manuellen und nichtmanuellen Tätigkeiten prägten das Wahlverhalten und führten zum vergleichsweise stabilen Muster der klassengebundenen Wähler. Sozioökonomische und generative Wandlungsprozesse in Verbindung mit einer fortschreitenden Individualisierung und sozialen Differenzierung tragen seit den 80er Jahren zu einer substantiellen Schwächung der typischen klassengebundenen Wählerschaft bei.⁴⁵

Tony Judt zeigt in seinem Buch *Dem Land geht es schlecht*, dass es der Neuen Linken der 80er Jahre vor allem um die Durchsetzung subjektiver Bedürfnisse geht.⁴⁶ Ein moralischer Relativismus spielt dann auch für den Individualismus und auf Kosten der Gemeinschaft.

Es ist auch evident, dass in Zeiten wachsender Säkularisierung die Zahl konfessionell gebundener Wähler rückläufig ist. Die ÖVP, die 1990 noch von 60% der regelmäßigen Kirchengänger ihr Votum erhält, ist von der Dekonfessionalisierung betroffen. Laut dem Zentrum für *Angewandte Politikforschung* verringert sich zwar ihre stark gebundene Wählerschaft, die aber dann doch eine gewisse Stabilität bewahrt. Die ÖVP wählen 1999 immerhin noch 59% der Wähler mit starker Kirchenbindung, die sich in der regelmäßigen Teilnahme am Gottesdienst zeigt (Grundlage für die Operationalisierung). Die SPÖ fischt in der kirchentreuen Gruppe einen Anteil von 20 %.⁴⁷

Eine verstärkte Aufweichung der Bindung zu einer Partei ist bei den Gewerbetreibenden, Selbstständigen und Unternehmern zu beobachten. Die FPÖ konnte in diesem Terrain zwischen 1993 und 1995 den Stimmenanteil von 4% auf 28% erweitern. Darüber hinaus fallen SPÖ und ÖVP in eine Kluft, die sich im Hinblick auf die Wirtschaftslage aus dem Spannungsfeld *public vs. private* (geschützte vs. ungeschützte Sektoren) ergibt. Der Verlust zeigt sich vor allem bei den Beschäftigten der Privatwirtschaft. Wahlforscher sehen eine Konfliktlinie im Wahlverhalten, die sich zwischen die geschützten und die ungeschützten Produktionsbereiche zieht. Die Auswirkung lässt sich 1999 bei der Nationalratswahl auch empirisch nachweisen⁴⁸.

Eine besonders auffallende Dynamik geschieht in der Arbeiterschaft. Sie zeigt eine starke "Abwanderungstendenz" in Richtung FPÖ. Diese mutiert zur "protestorientierten

⁴⁴ Konnex: Die Prognose (griechisch, πρόγνωση *prognosis* – wörtlich „das Vorwissen“, die „Voraus-Kenntnis“), deutsch Vorhersage oder Voraussage, selten auch: Prädiktion (lat. *praedicere* – „voraussagen“) ist eine Aussage über Ereignisse, Zustände oder Entwicklung in der Zukunft.

⁴⁵ Vgl.: www.zap.or.at.

⁴⁶ Carl Hanser Verlag, S. 76.

⁴⁷ www.zap.or.at/20200506.html/Tabelle.

⁴⁸ www.zap.or.at/20200506.html.

Arbeiterpartei neuen Stils".⁴⁹ Seit 1999 ist sie dann auch die mit Abstand stärkste Partei (47%) unter den Arbeitern (SPÖ nur mehr 35%).⁵⁰ Demgegenüber reduzierte sich der Anteil der potentiellen SPÖ-Wähler in der Arbeiterschaft zwischen 1983 und 1995 von 31% auf 24%. Plasser, Ulram und Seeber sehen diesbezüglich einen weitgehenden "Zusammenbruch traditioneller sozialdemokratischer Milieus", eine fortschreitende und irreversible Desintegration der traditionellen Arbeiterkultur, eine Mischung aus neuer „Cash-Mentalität“ und ausgeprägter Individualisierung, eine soziale Marginalisierung und die Angst vor der Modernisierung.⁵¹ Damit wird auch die Prägekraft der Gewerkschaften schwächer (SPÖ/1999: 49%, 1990: 62%).

Für das Profil der Wechselwähler sorgen besonders Personen zwischen dem 30. und 44. Lebensjahr. Von ihnen sind 44% vor der Wahl unentschlossen. Die Wechselwähler bilden die relativ größte Gruppe. Überdurchschnittlich stark vertreten sind auch Angestellte (38%), Maturanten und Akademiker (50%). Umgekehrt liegt der Anteil an Parteiwechsler in der älteren Wählergeneration und der unteren Bildungsschicht deutlich unter dem Durchschnitt. Geschlechtsspezifische Differenzen sind in Summe vergleichsweise gering.⁵²

Nach einer Kategorisierung in der Broschüre *Politik im Wandel* ist in der Vergangenheit der durchschnittliche SPÖ-Wähler eher weniger ausgebildet, ohne religiösem Bekenntnis und Arbeiter; der typische ÖVP-Wähler ist tendenziell besser ausgebildet, mit religiöser Bindung und kein Arbeiter.⁵³ Aber in welcher Form muss in Zukunft sein, was auch früher war? Pelinka und Rosenberger stellen fest, dass "der Trend der Erosion der Parteilandschaft durch die Abnahme der Kern- und StammwählerInnenschichten, durch erhöhte Bereitschaft zum „Wechselwählen“ und durch die Abnahme der affektiven Bindungen ... bestimmt [wird]".⁵⁴

Auch die Generationszugehörigkeit spielt eine Rolle und bildet mittlerweile eine markante Trennlinie im Wahlverhalten. Um die Jahrtausendwende wählen 35% der unter 30jährigen Menschen die FPÖ und nur mehr 42% entweder SPÖ oder ÖVP. Während die SPÖ bei den Jungwählern zwischen 1986 und 1995 immerhin 9% verliert, muss im selben Zeitraum die ÖVP beim jüngeren Wählerpotential sogar eine Einbuße von 15% hinnehmen.

1999 ist eine folgenreiche Neuorientierung des Wahlverhaltens der jüngeren Wählergeneration charakteristisch, die vor allem zu Lasten der beiden Traditionsparteien SPÖ und ÖVP geht. Es ist schon angeklungen, dass diese Bewegung in der jüngeren Generation

⁴⁹ Autoren s. Pkt.8: *Politik im Wandel*, S. 8.

⁵⁰ www.zap.or.at.

⁵¹ 1999: *Politik im Wandel*, S. 8.

⁵² www.zap.or.at/20200503.html - Nachwahlbefragung 86-99/Fessel-GfK).

⁵³ 1999, S. 11.

⁵⁴ 2000: *Parteien-PolitikerInnen-Parteistaat*, S.134.

die Vermutung nahe legt, dass sowohl tradierte Werte als auch die damit verbundene Sozialisationsfunktion an Stellenwert vor allem dann einbüßen, wenn dadurch das Beharrende in den Vordergrund gestellt bleiben soll. Der Mensch ist, um mit sich (selbst) die Welt zu entfalten.

Aber bei den älteren Personen, die das sechzigste Lebensjahr überschritten haben, kann am Ende des zweiten Jahrtausends nicht mehr von einer Konzentration auf die Traditionsparteien gesprochen werden. Unter den Senioren bleibt aber der Stimmenanteil für die SPÖ und die ÖVP über dem Durchschnitt.⁵⁵

Summa summarum zeigt die politische Entwicklung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Auflösung der Parteienkonzentration (Indikator: Verhältnis der Vota für SPÖ und ÖVP zur Gesamtheit aller abgegebenen Stimmen): Diese betrug bis 1983 fast durchwegs über 90%; 1986 lag der Wert bei 84,4%, 1990 bei 75,1% und sank 1999 auf einen vorläufigen Tiefstand von 60,1%. Mit diesem Wert unterschreiten SPÖ und ÖVP auch deutlich die Zwei-Drittel-Mehrheit, die für die Verabschiedung von Verfassungsgesetzen erforderlich ist.⁵⁶

Einer Umfrage zufolge wird am Tag der Arbeit ungefähr 12 Jahre später eine Schlagzeile in der österreichischen Medienlandschaft lauten: Große Koalition verliert Mehrheit. ÖVP und SPÖ schaffen keine Regierung mehr.⁵⁷ Natürlich kann darüber diskutiert werden, wie aussagekräftig so eine Umfrage ist.

⁵⁵ www.zap.or.at/20200506.html.

⁵⁶ Pelinka A., Rosenberger S. 2000: *Parteien-PolitikerInnen-Parteienstaat*, S. 135).

⁵⁷ Die Ausgabe am 1. Mai 2011 der Tageszeitung *Österreich* zeigt dies auf. Es wurden 800 Menschen in der zweiten Hälfte des Aprils befragt. Die Ergebnisse wurden in Mandate umgerechnet mit dem Resultat, dass die beiden Regierungsparteien (SPÖ und ÖVP) um ein Mandat die Mehrheit verpassen würden.

Schlussinterpretation

Insgesamt zeigt sich, dass

- die Einflussfaktoren breiter gefächert sind und die politische Sozialisation der jüngeren Generation durch ihr näheres Umfeld vermutlich auch aufgrund der Bildungsprozesse, des Wertewandels, der Globalisierung und der technischen Kommunikationsmöglichkeiten nicht mehr so greift wie in früheren Zeiten,
- traditionelle Wählerschichten (Arbeiter, Gewerbetreibende etc.) "abbröckeln",
- eine höhere Bildung innere Autonomie fördert und "konditioniertem" Wahlverhalten abträglich ist,
- nach wie vor Gefahren lauern, die auf Vereinfachungen und Pauschalisierungen gründen können,
- immer wieder Auswirkungen von Fundamentalismen und Verabsolutierungen ins Auge gefasst werden müssen,
- die Kompetenz zur Verantwortungsübernahme, die Bildung und das bedeutsame Lernen auch für politische Entscheidungen äußerst wichtig ist,
- wir aus der Vergangenheit auch deshalb lernen müssen, um die Zeichen der Zeit richtig zu deuten,
- im Wandel des Geschichtsablaufes neue Problemfelder ursprünglichere Konfliktlinien verblassen lassen, also tradierte Cleavages nur auf Zeit eine innere Verbundenheit zu einer Partei begründen können und
- die Einflussfaktoren klar zu definieren sind, die quer durch weite Bevölkerungsschichten die Treue zu einer Partei schwächen oder ganz unterbinden, z. B. Parteienvielfalt, Religionsverlust, in Frage stellen von Institutionen, Bildungsdefizite, Gleichgültigkeit etc.

Gemäß meiner einleitenden Frage (Hypothese) habe ich auf der Basis eines historischen resp. ideologischen Umrisses versucht, die Veränderung in der Wählerschaft mit Blickrichtung auf die beiden Traditionsparteien ÖVP und SPÖ aufzuzeigen. Meine eingangs formulierte These lautete, dass klare Schlussfolgerungen über die Akzeleration der Wählermobilität möglich sind und die daraus resultierenden Wechselwirkungen der jüngeren Geschichte der Republik eine Schwächung der beiden großen Milieuparteien zeigen.

Die Betrachtung dieser Annahme zeigt, dass am Ende der 90er Jahre die traditionellen Determinanten nicht mehr ausgereicht haben, um die Komplexität des österreichischen Wahlverhaltens vollkommen zu beschreiben. Die Zeit schreitet voran und in Zukunft werden neue Konfliktlinien die Bevölkerung auf eine Weise prägen, die vermutlich nicht komplett zu prognostizieren ist. Die Zukunft lässt sich nicht vorhersagen.

Die konfessionellen und gewerkschaftlichen Bindungen der Vergangenheit werden vermutlich nicht mehr den Einfluss ausüben wie in früheren Zeiten.⁵⁸ Dies heißt aber nicht, dass dann die traditionellen Cleavages ausgedient haben.⁵⁹ Rangordnungen und Bedeutungszuweisungen verschieben sich ständig. Hier ist nicht der Platz, darüber zu philosophieren, was *nachhaltig* tragen kann. Von Grober Ulrich gibt es mittlerweile über den Begriff *Nachhaltigkeit* sogar eine empfehlenswerte Kulturgeschichte (2010: Die Entdeckung der Nachhaltigkeit, Kunstmann).

Aufgrund der bisherigen Darstellung, die die Zweite Republik bis zur Jahrtausendwende im Visier hat, erschütterte das Epizentrum der Erosionen in der Parteienlandschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem die traditionellen Parteien. Ihre Wählerschaften und die damit verbundenen Zahlen und Fakten verdeutlichen das Maß der Entbindung von individuell empfundener Parteitreu. Die Entwicklung zeigt, dass der Bürger beweglicher geworden ist. Daher verliert die persönliche Verantwortung aber nicht an Stellenwert – im Gegenteil. Der Staatsbürger braucht aber Chancen, die eine „farbenprächtigere“ Parteilandschaft im Sinne der Intensivierung des Menschseins stiftet. Wir dürfen uns u. an auch deshalb Menschen nennen, weil wir im gesunden Zustand eine Option ablehnen können. Dafür müssen wir unsere Verantwortungskompetenz schulen.

Vor allem jüngere Parteien profitieren vom Umstand, dass die Zahl der Wechselwähler zugenommen hat. Aber die damit am Felde der politischen Auseinandersetzung verbundene Ausweitung des Prinzips „Angebot und Nachfrage“ spornt dann auch die „Alten“ an; d. h. diese werden für akute und neue Themen sensibilisiert.

Die Gestaltung der Zukunft kann nur im Moment sein. Wohin die Reise geht, hängt nicht zuletzt auch mit der Frage zusammen, welche Vorstellungen von Qualität resp. Lebensqualität, von Werten und Bedeutungszuweisungen die Erwachsenengeneration den heranreifenden Menschen vorlebt. Glaubwürdigkeit braucht Taten.

⁵⁸ www.zap.or.at/20200506".

⁵⁹ www.wikipedia.org/wiki/Cleavage-Theorie: Die **Cleavage-Theorie** ist eine politikwissenschaftliche Theorie in der Wahlforschung, die versucht, Wahlergebnisse in Europa anhand langfristiger *Konfliktlinien* in der Gesellschaft zu erklären (englisch *cleavage*, wörtlich: „Kluft“, „Spaltung“).

Wir können also eine zunehmende Mobilität im Wahlverhalten der Gesellschaft beobachten. Die Skepsis gegenüber dem „Althergebrachten“ hat zugenommen. Wir haben gesehen, dass sich dies sowohl in den „Abwanderungstendenzen“ der typischen SPÖ-Wähler zeigt wie auch in der steigenden Wechselwählerschar bei den Gewerbetreibenden und Selbstständigen, die wiederum eher von der ÖVP vertreten werden. Wie schon dargebracht, kann die Betrachtung der Bildungssysteme oder des Wahlverhaltens der jüngeren Generation etc. davon nicht unbeeinflusst bleiben. Alles soll im größeren Zusammenhang gesehen werden können, der auch den Einzelnen im Sinne zunehmender Humanität weiterführt. Die Übernahme von Verantwortung hat immer auch mit einem größeren Kontext zu tun.

Wann wird die Tendenz zur Loslösung von Parteitreuere ihre Talsohle erreicht haben? Vermutlich wird es kein Zurück mehr geben können. Wir müssen uns anstrengen, damit u. a. der humane Umgang mit Verschiedenheiten, die Kompetenz zur Verantwortungsübernahme, empathische Verhaltensweisen, beglückende Perspektivenwechsel und eine damit verbundene neue Konfliktkultur in den Fokus unserer Sichtweisen rücken kann.

Wohin die Entwicklung geht, bleibt hier aus guten Gründen dahingestellt. Kreativität braucht Alternativen. Folgte nicht schon Aristoteles, eine Summe könne mehr ergeben als ihre Teilaspekte? Mag niemals sterben, was zuletzt sein kann: die Hoffnung. Sie ist, was jedem selbst überlassen bleibt und so wenig wie die Barmherzigkeit zu instrumentalisieren. Es ist, was es ist. Es ist die *nachhaltige* Dynamik der persönlichen Ver-ANTWORT-ung. Nicht zuletzt deshalb müssen wir unsere Erwartungshaltungen bilden. Die politische Situation bleibt eine Basis, auf der die Person dem Leben antworten kann.

Quellenangaben

- + Arendt Hannah 2008: Über das Böse, piper, 2. Aufl.
- + Arendt Hannah 2010: Was ist Politik?, piper 4. Aufl.
- + Arendt Hannah, Fest Joachim 2011: Eichmann war von empörender Dummheit, Piper
- + Bojowald Martin 2009: Zurück vor den Urknall.
Die ganze Geschichte des Universums, S. Fischer
- + Bonelli M. Raphael 2013: Selber Schuld!, Pattloch
- + Bürger Hans, Rothschild Kurt W. 2009: Wie die Wirtschaft die Welt bewegt, lesethek
- + Bauer Joachim 2006: Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren,
Heyne
- + Bauer Joachim 2005: Warum ich fühle, was du fühlst. Intuitive Kommunikation und das
Geheimnis der Spiegelneuronen, 11. Aufl., Heyne
- + Benedikt XVI. alias Joseph Ratzinger 2007: Eschatologie, Verlag Friedrich Pustet
- + Benedikt XVI. 2009: Liebe in Wahrheit/Caritas in veritate, St. Ulrich Verlag
- + Brakel Alexander 2012 (Lizenzausgabe): Der Holocaust, Weltbild
- + Burkart Roland 1998: Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder.
Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft, 3. aktual. Aufl.
- + Csikszentmihalyi Mihaly 1992: Flow/Das Geheimnis des Glücks, Klett Cotta
- + Damasio R. Antonio 2007: Destartes´ Irrtum, List, 5. Aufl.
- + Damasio R. Antonio 2011: Selbst ist der Mensch. Körper, Geist
und die Entstehung des menschlichen Bewusstseins, Siedler
- + Dahlheim Werner 2010: Augustus. Aufrührer. Herrscher. Heiland, c.h.beck
- + Dawkins Richard 2010: Das egoistische Gen, Spektrum/Akademischer Verlag
- + De Bono Edward 2002/05: De Bonos neue Denkschule, mvg
- + De Bono Edward 2010: Think! Denken, bevor es zu spät ist, mvgverlag
- + Dinev Dimitré 2010: Barmherzigkeit, Unruhe bewahren, Residenz Verlag
- + Dobelli Rolf 2011: Die Kunst des klaren Denkens, Carl Hanser Verlag München
- + Doderer Heimito von 1996: Die Dämonen, dtv
- + Doidge Norman 2008: Neustart im Kopf/Wie sich unser Gehirn selbst repariert, Campus
- + Dostojewski Fjodor M. 1986: Die Brüder Karamasow, Insel Verlag
- + Dostojewski Fjodor M. 1997: Rodin Raskolnikoff. Schuld uns Sühne, 5. Aufl., piper
- + Dostojewski Fjodor M. 1997: Die Dämonen, 4. Aufl., piper
- + Eagleton Terry 2010: Das Böse, ullstein

- + Eben Alexander 2013: Blick in die Ewigkeit, Ansata, 2. Aufl.
- + Europäischer Konvent 2011: Entwurf: Vertrag über eine Verfassung für Europa
- + Fest Joachim 2006/07: Hitler. Eine Biografie, Spiegel Edition
- + Fest Joachim 2010: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, Piper, 10. Aufl.
- + Frankl Viktor 1998: Das Leiden am sinnlosen Leben, Psychotherapie für heute, Herder/Spektrum, 9 Aufl. (Neuausgabe), 20. Gesamtauflage
- + Friedman Richard Elliott 2007: Wer schrieb die Bibel?
So entstand das Alte Testament, Anaconda
- + Fromm Erich 1989: Die Kunst des Liebens, Ullstein Materialien
- + Galbraith John Kenneth 2010: Eine kurze Geschichte der Spekulation, eichborn
- + Gärtner, Hüssel, Natter, Pelinka, Rosenberger 1999: Politik im Wandel
- + Greenblatt Stephen 2011: Die Wende/Wie die Renaissance begann, Siedler
- + Grober Ulrich 2010: Die Entdeckung der Nachhaltigkeit
Kulturgeschichte eines Begriffs, Kunstmann
- + Habermas Jürgen 2011: Zur Verfassung Europas. Ein Essay, edition suhrkamp
- + Halík Tomáš 2011: Geduld mit Gott. Die Geschichte von Zachäus heute, Herder
- + Haller Reinhard 2012: Die Seele des Verbrechers, rororo
- + Harris A. Thomas 1994: Ich bin o. k. Du bist o. k., rororo
- + Hartenbach Walter 2012: Die Cholesterin Lüge, Weltbild
- + Hawking Stephen, Mlodinow Leonard 2010: Der große Entwurf/
Eine neue Erklärung des Universums, rororo
- + Hegel Georg Wilhelm Friedrich 1970: Phänomenologie des Geistes, suhrkamp taschenbuch
- + Heiden Konrad 2007: Adolf Hitler Eine Biographie, Weltbild
Band I: Ein Mann gegen Europa (Copyright 1936)
Band II: Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit (Copyright 1937)
- + Hengstschläger Markus 2012: Die Durchschnittsfalle, ecowin
- + Hessemann Michael 2012: Hitlers Religion, Sankt Ulrich Verlag
- + Hessel Stéphane 2011: Empört euch!, Ullstein, 7. Aufl.
- + Hessel Stéphane 2012: Empörung – meine Bilanz, Pattloch
- + Huber Johannes 2010: Liebe lässt sich vererben, Zabert Sandmann
- + Jahoda Marie, Lazarsfeld F. Paul, Zeisel Hans 1975: Die Arbeitslosen von Marienthal.
Eine soziographischer Versuch, edition suhrkamp
- + Judt Tony 2011: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart,

Fischer Taschenbuch Verlag, 3. Aufl.

- + Judt Tony 2010: Dem Land geht es schlecht, Hanser
- + Kandel Eric 2007: Auf der Suche nach dem Gedächtnis/Die Entstehung einer neuen
Wissenschaft des Geistes, Pantheon
- + Kant Immanuel 1974 (Hrsg. W. Weischedel) : Kritik der reinen Vernunft, Band 1 und 2,
suhrkamp, taschenbuch wissenschaft
- + Kettner Matthias 2004: Biomedizin und Menschenwürde, edition suhrkamp
- + Klein Stefan 2011: Der Sinn des Gebens. Warum Selbstlosigkeit in der Evolution siegt und
wir mit Egoismus nicht weiterkommen, S. Fischer
- + Knapp Karl 2011: Wachstum in der Dynamik. Bedeutsames Lernen
zwischen Konfliktkultur, Wertevermittlung und Behaviorismus
(workout s. u.)
- + Kahneman Daniel 2012 (deutschsprachige Ausgabe):
Schnelles Denken, langsames Denken, Siedler
- + Kast Verena 2003: Lass dich nicht leben – lebe, Herder Spektrum
- + Knapp Natalie 2012: Der Quantensprung des Denkens, rororo, 3. Aufl.
- + Knopp Guido 2003: Die SS/Eine Warnung der Geschichte, Goldmann, 6. Aufl.
- + Koziol Klaus 2012: Gottvertrauen und Menschenliebe. Johannes XXIII.
Seine Spiritualität für heute, patmos
- + Koziol Klaus 1013: Gerade jetzt? Nie war das Christentum wichtiger als heute, Patmos
- + Kraus Björn 2002 (Dissertation): Konstruktivismus Kommunikation Soziale Arbeit.
Radikalkonstruktivistische Betrachtungen zu den Bedingungen
des sozialpädagogischen Interaktionsverhältnisses,
Verlag für Systemische Forschung im Carl-Auer-System Verlag
- + Lanzmann Claude 2011: Shoah, rororo
- + Liessmann Konrad Paul 1999: Die großen Philosophen und ihre Probleme, WUV
- + Liessmann Konrad Paul 2006: Theorie der Unbildung, Paul Zsolnay Verlag
- + Ludwig Ralf 2009 (Leseintroduction): Hegel für Anfänger/Phänomenologie des Geistes, dtv
- + Lütz Manfred 2012: Bluff! Die Fäschung der Welt, Droemer
- + Lusseyran Jacques 2002: Das wiedergefundene Licht. Die Lebensgeschichte eines Blinden
im französischen Widerstand, dtv
- + Metzinger Thomas 2010: Der Ego Tunnel. Eine neue Philosophie des Selbst:
Von der Hirnforschung zur Bewusstseinsethik.
- + McLuhan Marshall, Fiore Quentin 2011: Das Medium ist die Massage,

J. G. Cotta'sche Buchhandlung, Tropen Sachbuch

- + Niklas Luhmann 1994: Liebe als Passion/Zur Codierung von Intimität, suhrkamp
taschenbuch wissenschaft
- + Nye Joseph S. 2011: Macht im 21. Jahrhundert,
Politische Strategien für ein neues Zeitalter, Siedler
- + Märtn Ralf-Peter 2008: Dracula. Das Leben des Fürsten Vlad Tepes, 3. Aufl. (Neuausgabe),
Verlag Klaus Wagenbach
- + Monod Jacques 1983: Zufall und Notwendigkeit.
Philosophische Fragen der modernen Biologie, dtv
- + Müller Thomas 2006: Bestie Mensch, rororo, 5. Aufl.
- + Ortner Christian 2012: Prolokratie Demokratisch in die Pleite, edition a
- + Otte Max 2011: Stoppt das Euro Desaster!, ullstein, 2. Aufl.
- + Pelinka/Kadan 1979: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien
- + Pelinka/Rosenberger 2000: Parteien – PolitikerInnen - Parteistaat - (8. VOs-Text)
- + Pöppel Ernst, Wagner Beatrice 2010: Je älter, desto besser/Überraschende Erkenntnisse
aus der Hirnforschung, Gräfe und Unzer
- + Ratzinger Joseph alias Benedikt XVI. 2005: Einführung ins Christentum, Weltbild
- + Ratzinger Joseph alias Benedikt XVI. 2007: Eschantologie. Tod und ewiges Leben,
Verlag Friedrich Pustet
- + Rawls John 2006: Gerechtigkeit als Fairness/Ein Neuentwurf,
suhrkamp taschenbuch wissenschaft
- + Rees Laurence 2005: Auschwitz/Geschichte eines Verbrechens, Weltbild
- + Rohrer Anneliese 2011: Ende des Gehorsams, braumüller
- + Roth Gerhard 2011: Bildung braucht Persönlichkeit. Wie Lernen gelingt, Klett-Cotta
- + Russel Bertrand 2009: Formen der Macht, Anaconda
- + Saint-Exupéry de Antoine 1991: The Little Prince, mammoth
- + Salcher Andreas 2010: Der talentierte Schüler und seine Feinde, Goldmann, Taschenbuch.
- + Saltzwedel Johannes (Hg.) 2011: Das Ende des Römischen Reiches.
Verfall und Untergang einer Weltmacht, 2. Aufl., Spiegel Buchverlag
- + Sandel J. Michael 2013 (deutsche Ausgabe): Gerechtigkeit/Wie wir das richtige tun,
Ullstein
- + Sartre Jean-Paul 2012: Das Sein und das Nichts.
Versuch einer phänomenologischen Ontologie, rororo, 17. Aufl.
- + Schirmacher Frank 2013: EGO Das Spiel des Lebens, Karl Blessing Verlag

- + Schreiber Mathias 2012: Die Zehn Gebote. Eine Ethik für heute, Spiegel Buchverlag
- + Sedláček Thomás 2012: Die Ökonomie von Gut und Böse, Carl Hanser Verlag München
- + Seewald Peter 2009: Jesus Christus. Die Biographie, pattloch
- + Seiwert Lothar J. 2003: Wenn du es eilig hast, gehe langsam, 8. Aufl., campus
- + Solowjew Wladimir 2002: Kurze Erzählung vom Antichrist, wevl
- + Stöhr Manfred 2012: Der Mensch ist mehr als sein Gehirn,
Hirnforschung und Geistesfreiheit, via nova
- + Taschner Rudolf 2011: Gerechtigkeit siegt aber nur im Film, ecowin
- + Tolstoi Leo N. 2002: Krieg und Frieden, Albatros
- + Topper Uwe 2001: Fälschungen der Geschichte.
Von Persephone bis Newtons Zeitrechnung, Herbig
- + Zohar Danah, Marshall Ian 2010: IQ?EQ?SQ?, inspire
- + Watzlawick Paul 1991: Wir wirklich ist die Wirklichkeit, Piper
- + Watzlawick Paul (Hrsg.) 1985: Die erfundene Wirklichkeit, Piper
- + Wedgwood C. V 2011: Der Dreißigjährige Krieg, Nikol
- + Wegener Franz 2009: Memetik, Kulturförderverein Ruhrgebiet
- + Whitehead Alfred North 1987: Prozess und Realität, suhrkamp taschenbuch
- + Wiebel Martin (Hrsg.) 2012: Hannah Arendt. Ihr Denken verändert die Welt, piper
- + Wiesel Elie 2013: Die Nacht. Erinnerung und Zeugnis, 5. Aufl., Herder
- + Windisch 1981: Parteien in Österreich
- + Wittgenstein Ludwig 1963: Tractatus logico-philosophicus, edition suhrkamp

Artikel

- + Kast Verena 2011: Den Schatten akzeptieren, GeoWissen Nr. 47:
Glück Zufriedenheit Souveränität
- + Kessel Ursula, Hannover Bettina 2004: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und
Pädagogische Psychologie, Vol. 36, Nummer 3/2004, Hogrefe Verlag, S. 130-138.
- + Kurier, 11. März 2012
- + Sorg Eugen am 30./31. Juli 2011 im Standard: Lust am Bösen und die
Irrtümer des „Therapeutismus“
- + Tapp Christian 2012: Vernunft und Glaube, in Spektrum der Wissenschaft
Spezial Biologie.Medizin.Kultur 2/12, ISSN 0049-8637 (Print) – 2190-6262 (Online)
ISSN-L 0049-8637, 10.1026/0049-637.36.3.13

Internetseiten:

<http://de.wikipedia.org> (2001, 2011)

<http://www.wien-konkret.at/politik> (2001)

<http://www.zap.or.at> (2001)

<http://www.spoel.at> (2001)

<http://www.aeiou.at> (2001)

<http://www.slp.at> (2001)

<http://psychologie-news> (2011)

<http://www.was-ist-politik-1.de/static/7/Hannah+Arendt.html> (Nov. 2011)

[http://www.planet-wissen.de/natur_technik/forschungszweige/
hirnforschung/das_libet_experiment.jsp](http://www.planet-wissen.de/natur_technik/forschungszweige/hirnforschung/das_libet_experiment.jsp)

<http://www.karl-knapp.at> (2011)